Juni 2013

Nr. 5/2013, XXVII. Jahrgang
Zugestellt durch Post.at

AKtion

Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz

facebook.com/akvorarlberg

www.ak-vorarlberg.at

„Wir von der Vogewosi haben größtes Interesse an diesem Pilotprojekt, weil günstiger Wohnraum eines unserer Hauptanliegen ist.“
(Seiten 6/7)

BM Alexander Pixner, Vogewosi

Grundsicherung: AK für 1500 Euro Mindestlohn

Seite 3

Wohnen muss wieder leistbar werden. Die AK Vorarlberg stellt dazu Forderungen an die Politik und startet mit der Vogewosi ein gemeinsames Pilotprojekt. *Seiten 6/7*

Aus dem Inhalt

Lehrlingscoaching: Dein Ansprechpartner

Lehrling Lukas Wedam nimmt die Beratung des Lehrlingscoachings in Anspruch. Der AKtion erzählt er von seinen Erfahrungen.

Seite 4

Zahnbürsten im VKI-Test

Der Preis bei elektrischen Zahnbürsten ist kein Qualitätsmerkmal, wie der Verein für Konsumenteninformation (VKI) im Test feststellt.

Seite 8

Mit den Tipps der AK für den Urlaub gerüstet

Wir sagen Ihnen, was Sie im Urlaub bei Krankheit, Flugausfall oder Schmuddelhotel wissen sollten.

Seite 9

4,7 Millionen Euro für Nachhilfe investiert

Bereits in der Volksschule benötigen Schüler Nachhilfe. Sie wird den Eltern sogar nahegelegt.

Seite 10

AK-summer jam: Spaß in den Sommerferien

Ob Rapworkshop oder Schulvorbereitung – das Sommerprogramm des AK-Bildungscenters bietet für jeden Schüler etwas.

Seite 11

Abo der „Ländle Gemüsekiste“ gewinnen

Ihre Meinung wird belohnt: Unter allen Leserreaktionen verlost die AKtion ein Abo der „Ländle Gemüsekiste“.

Seite 12

Altersgerecht: Betriebe müssen sich ändern

Prof. Dr. Heinrich Geißler, Experte für Generationen-Management, plädiert für eine altersgerechte Arbeitsgestaltung. Denn: Ältere sind zwar seltener, dafür aber länger krank – und die Zahl steigt.

Die körperliche Leistungsfähigkeit nimmt mit dem Alter ab. „Selbst mit starkem und regelmäßigem Training können bestimmte körperliche Veränderungen nicht aufgehalten, sondern nur verlangsamt werden“, erläutert Prof. Dr. Heinrich Geißler im Interview mit der AKtion.

350 Millionen mehr Kosten

Eine aktuelle Statistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger zeigt: Bei Arbeitnehmern ab 49 Jahre liegt der krankheitsbedingte Arbeitsausfall rund doppelt so hoch, wie bei jüngeren Kollegen.

Da ihr Anteil an der Erwerbsbevölkerung steigen wird, werden die Krankenstandsfehlzeiten ebenfalls ansteigen. „Allein auf Unternehmensseite summiert sich das in den nächsten 15 Jahren bei den Lohnfortzahlungen auf Zusatzkosten in der Höhe von etwa 160 Millionen Euro“, prognostiziert Geißler. Insgesamt sollen die Kosten sogar auf rund 350 Millionen Euro für Krankenkassen und Unternehmen ansteigen. Um diesen Kosten vorzubeugen, ist es notwendig, die Arbeit alter(n)sgerechter zu gestalten, um den Stärken und Schwächen aller Generationen gerecht zu werden, so der Experte. *Seite 5*

Smartphones & Co

Mittlerweile sind unsere Handys nicht nur mobile Telefone, sondern kleine Computer. So gibt es einiges zu beachten und einzustellen, wenn man sich vor Viren, sammelwütigen Apps oder versteckten Kosten schützen will. Die Broschüre „Smartphones & Co: Alles über App und Nepp“ bietet einen Überblick.

Telefon 050/258-8000, bestellen@ak-vorarlberg.at

Ihr Kontakt zur AK Vorarlberg

AK-Rechtsservice Tel. 050/258

Betriebsreferat – 1500
Info Arbeitsrecht – 2000
Insolvenzrecht – 2100
Sozialrecht – 2200
Lehrlinge/Jugend – 2300
Arbeitsrecht Feldkirch – 2500
Familie/Frauen – 2600
Konsumentenschutz – 3000
Steuerrecht – 3100
Bildungscenter – 4000
AK Bregenz – 5000
AK Dornbirn – 6000
AK Bludenz – 7000

Kommentar von AK-Direktor Rainer Keckeis: „Faire Bedingungen für alle“

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

einer Volkswirtschaft, die unzureichend ausgebildete Arbeitskräfte hat, fehlt es an Innovationskraft und somit langfristig an Wohlstand. Zu diesem Befund kommen Ökonomen der Universität München, die einen kausalen Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftswachstum und den sinnerfassenden Erkenntnisfähigkeiten von Schülern untersucht haben. Diese kognitiven Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen sind in Kombination mit Faktoren wie Hilfs- und Einsatzbereitschaft die Grundvoraussetzungen für den Erfolg im Berufsleben. Die entscheidende Frage ist, zu welchem Zeitpunkt die Grundlagen dafür gelegt werden und welche Rahmenbedingungen für deren Entwicklung optimal sind.

An sich, so könnte man glauben, müsste eine Gesellschaft daran interessiert sein, dass alle Kinder die gleichen Chancen zum Erwerb dieser Fähigkeiten haben. Tatsächlich aber zeigt die Wirklichkeit, dass Kinder aus höheren Einkommensschichten einen privilegierten Bildungsweg vor sich haben, während Kinder der unteren Einkommensschichten von Anfang an weniger Chancen haben.

„Bessere Ausbildung und Bezahlung für Frühkind-Pädagogen ist notwendig.“

Dass dies vor allem an der frühkindlichen Förderung liegt, hat der Soziologe Dahrendorf bereits 1965 in seinem Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik vorgebracht. Der folgerichtige Ausbau frühkindlicher Betreuungseinrichtungen wäre demnach ein wichtiges Instrument zu mehr Chancengleichheit aber auch zu einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wodurch sich die Geburtenraten erhöhen könnten.

Viele Frauen – vor allem gut ausgebildete – verzichten heute auf Kinder, weil diese angesichts des mangelnden Angebots an bezahlbaren Kinderbetreuungseinrichtungen mit ihren beruflichen Zielen nicht in Einklang zu bringen sind. So werden in Deutschland Frauen mit einem höheren Bildungsabschluss deutlich seltener und viel später Mütter als jene mit einem geringeren Bildungsniveau. Hingegen gibt es in Skandinavien, das hinsichtlich der Frühkindbetreuung vorbildlich ist, keine Unterschiede zwischen Akademikerinnen und Frauen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. Folgerichtig kann auch bei uns nicht genug darauf hingewiesen werden, dass wir im Bereich der Kinderbetreuung, vor allem aber bei der Frühkindpädagogik einen dringenden Aufholbedarf haben. Das wäre ein wichtiger Beitrag zu mehr Chancengleichheit für die Kinder, aber auch für die berufstätigen Frauen. Und – was sehr wichtig ist – auch eine wichtige Basis zur Haltung unseres Wettbewerbsvorteils in einer globalisierten Wirtschaft.

AK-Direktor Rainer Keckeis

Verlosung unter allen Einsendern

Liebe Leser, wegen der vielen Zusendungen war es uns leider nicht möglich, alle erhaltenen Beiträge zu veröffentlichen.

Das Abo der „Ländle Gemüsekiste“ im Wert von rund 150 Euro aus der letzten AKtion haben Angelika und Jürgen Metzler aus Bizau gewonnen.

Wir gratulieren!

Leserforum

BAKIP: Alternative fehlt in Vorarlberg

AKtion April 2013: Bessere Chancen und Lohn für Kindergartenpersonal

Die Schlechterstellung der KindergartenpädagogInnen im finanziellen Bereich beginnt bereits in der Ausbildung. So haben wir für unsere Tochter ein monatliches Schulgeld von 130 Euro zu entrichten, dies summiert sich durch die fünfjährige Ausbildung auf einen Gesamtbetrag von 6500 Euro. Da die BAKIP in Feldkirch die einzige Schule dieser Art in Vorarlberg ist, fehlt die entsprechende Alternative. Dies empfinden wir als gravierende Benachteiligung gegenüber anderen Ausbildungsmöglichkeiten und Schultypen in Vorarlberg. Unsere Anfragen und Bemühungen beim Land waren durch entsprechende Kompetenzargumente zwischen Land und Bund erfolglos. Unsere angehenden KindergartenpädagogInnen werden also – trotz aller großartiger Parolen – schon im „ersten Regen“ stehen gelassen. Kein Wunder, wenn diese finanzielle Wertschätzung auch danach nicht allzu groß ist?!

Jürgen und Angelika Metzler, Bizau

Hauptübel: Ständige Mietpreiserhöhung

AKtion Mai 2013: Leistbares Wohnen in Österreich

Es ist erfreulich, dass sich die AK mit klaren Argumenten dafür einsetzt, dass die steigenden Wohnungskosten einer spürbaren Entlastung bedürfen. Es ist aber andererseits sehr bedauerlich, wie man zum Beispiel mit jungen Häuslebauern seitens des Bauamtes Zwischenwasser (Bauamtleiter) umgeht. Dies entbehrt jeder Grundlage! Es handelt sich hierbei nicht um einen Einzelfall. Jungen Leuten, die ein Heim für die Familie bauen und viel Eigenleistung (was die Außenanlagen etc. betrifft) einbringen, werden unverständliche Vorschriften gemacht, die mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden sind und – nach einem gesunden Menschenverstand gemessen – nicht sein müssten.

Stefanie Ludescher, Rankweil

Wahlkampfjahr 2013 und plötzlich wird leistbares Wohnen zum Thema? Und das, obwohl das Problem schon seit langem bekannt ist. Das Thema Wohnen ist für viele Menschen in diesem Land zu einer existenziellen Frage geworden: Immer weiter klaffen Einkommen beziehungsweise Kosten für Wohnraum und Energie auseinander: überteuerte Mieten, undurchschaubare Zuschlagssysteme und hohe Eigenmittelanteile. Das Thema leistbarer Wohnraum ist damit ein Thema, das alle Menschen betrifft – und darf gerade deshalb nicht für populistische Wahlkampfzwecke geopfert werden. Alles nur Wahlkampfgetöse oder doch Lösungen in Sicht?

Theresia Halb, Bregenz

Gewiss wären preisgünstigere Wohnungen eine Erleichterung für viele Kleinverdiener. Immer mehr Menschen können sich Wohnungen kaum mehr leisten. Ein Hauptübel ist jedoch, dass die Mietpreise ständig in die Höhe klettern. Wenn das Land und auch der Bund Mietförderungen bereitstellen, so ist dies sicher nicht die Lösung. Ein Grundübel ist die Steuerprogression. Bei einer Erhöhung des Einkommens um rund drei Prozentpunkte nimmt der Staat etwa zwei Drittel wieder ab. Dies trifft Einkommen unter 2000 Euro besonders hart. Der Idealfall wäre, ein Beschäftigter müsste soviel verdienen, dass er sich auch eine Wohnung leisten kann, ohne den sozialen Einrichtungen auf der Tasche zu liegen. Immer mehr Menschen, die zwar fleißig arbeiten, jedoch auf Grund ihrer Ausbildung oder Tätigkeit nur ein geringes Einkommen erzielen können, werden so in die Armutsfalle gedrängt. Demzufolge müssten daher die unteren Einkommen nicht um Prozentpunkte, sondern um einen kräftigen Sockelbetrag erhöht werden.

Thomas Koschat, Dalaas

Wohnen ist auch deshalb so teuer, weil mit Grund und Boden spekuliert wird. Das ist ungerecht! Besser wäre es, die Gemeinden erhielten ein Vorkaufsrecht und erschließen ein Baugebiet für ihre Bürger zu erschwinglichen Konditionen. Der Flächenverbrauch wäre deutlich niedriger, die Raumplanung endlich ein sinnvolles und effektives Instrument, Umwidmungsgewinne würden der Allgemeinheit zugute kommen.

Matthias Mayer, Feldkirch

Haben auch Sie etwas zu sagen? Wir freuen uns auf Ihre Zuschrift: leserbrief@@ak-vorarlberg.at

zwei vier sex – Partnerwechsel: 5 mal 2 Karten zu gewinnen!

Bea und Alex – beide verheiratet, wenn auch nicht miteinander – lernen sich auf einer Erotikseite im Internet kennen. Um neuen Schwung ins Liebesleben zu bringen, beschließen sie, ihre jeweiligen Partner zu einem sexuellen Abenteuer zu viert zu überreden. Dank großer Überredungskraft stimmen Christoph und Doris dem Wagnis schließlich zu.

Doch was als prickelnder One-Night-Stand beginnt, entwickelt sich schon bald zu einem Verwirrspiel aus Sex und Liebe, Macht und Eifersucht, schonungslosen Wahrheiten und abgründigen Lügen. Denn der Zufall spielt allen vieren einen fatalen Streich – und keiner ist in diesem erotischen Kleeblatt in Wahrheit der, der er zu sein scheint.

Mit Bianca Rüf, Johannes Rhomberg und Matthias Kofler.
Regie: Hajo Förster

Termine Kulturbühne AMBACH Götzis (Beginn jeweils um 20 Uhr, sonntags um 18 Uhr): 30. Mai (Premiere) und 31. Mai, 1., 3., 6., 7., 8., 10., 13., 14., 15., 17., 21. und 22. Juni. Weitere Termine (Gastspiele) finden Sie im Internet unter www.vovo.at.

Tickets bekommen Sie in allen Raiffeisenbanken, Sparkassen oder direkt beim Vorarlberger Volkstheater, Kulturbühne AMBACH, 6840 Götzis, Theater-Info 05523/54949, info@vovo.at, www.vovo.at und www.facebook.com/vovo.goetzis

Um zwei Karten für „zwei vier sex“ am 14. Juni 2013 auf der Kulturbühne AMBACH in Götzis zu gewinnen, beantworten Sie bitte folgende Frage: Mit wem ist Bea verheiratet?

Senden Sie die richtige Antwort an folgende Adresse: AK Vorarlberg, Kennwort „zwei vier sex“, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch oder schicken Sie uns eine E-Mail an gewinnen@ak-vorarlberg.at

Impressum

AKtion

Die Vorarlberger Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz
Herausgeber, Medieninhaber und Sitz der Redaktion: AK Vorarlberg, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch, presse@ak-vorarlberg.at

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: siehe www.ak-vorarlberg.at/impressum.htm

Redaktionsleitung: Dietmar Brunner, Stephanie Scherrer

Grafik: Baschnegger Ammann und Partner

Fotografie: Georg Alfare, Jürgen Gorbach, VKI, Bilderbox, VOVO, Fotolia, Land Vorarlberg

Druck: Russmedia Verlag GmbH, Schwarzach

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der AKtion nur die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen.

Vollversammlung im Zeichen von gerechten Löhnen, Entlastung der Arbeitnehmer und besseren Arbeitschancen für Generation 50+

AK fordert 1500 Euro als gesetzlichen Mindestlohn

Genug Diskussionsstoff für den Nationalratswahlkampf: In der AK-Vollversammlung zeigten die Vertreterinnen und Vertreter der Vorarlberger Arbeitnehmer in der Vorwoche auf, wo der Schuh drückt.

Die Einkommenssituation hat sich für viele Arbeiter und Angestellte in den letzten Jahren spürbar verschlechtert. „Reallohneinbußen und die stark gestiegenen Kosten der Grundversorgung belasten viele Arbeitnehmerhaushalte in hohem Maße“, hält AK-Präsident Hubert Hämmerle fest. Mehrere Anträge, über die bei der AK-Vollversammlung am Donnerstag abgestimmt wurden, hatten deshalb eine gemeinsame Stoßrichtung und einen gemeinsamen Adressaten. Hämmerle: „Neben der nach wie vor überfälligen Steuerreform, die die kalte Progression kappt, muss die Bundesregierung durch weitere Maßnahmen dafür sorgen, dass sich die soziale und finanzielle Situation der Arbeitnehmer endlich wieder verbessert!“

Arbeit muss sich lohnen

So verabschiedete die AK-Vollversammlung unter anderem die Forderung nach der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 1500 Euro brutto pro Monat. Dieser Mindestlohn soll zudem automatisch mit jeder Erhöhung der Mindestsicherung angepasst werden. „Damit bringt der Staat glaubhaft zum Ausdruck, dass sich Arbeit in diesem Land lohnt“, argumentiert AK-Präsident Hämmerle. Typischerweise seien die niedrigsten Löhne in den Dienstleistungsbranchen zu finden. So liegen die Mindestlöhne von Arzthelferinnen noch immer zwischen 1150 und 1250 Euro brutto, Angestellte in Anwaltskanzleien haben gar keinen Kollektivvertrag.

Einwände der Wirtschaft, dass mit einem gesetzlichen Mindestlohn Arbeitsplätze gefährdet würden, hält Hämmerle entgegen: „Die Argumente sind unbegründet, weil es sich zum ganz überwiegenden Teil um Arbeit handelt, die nicht ersetzt werden kann. Im Exportwettbewerb stehende Unternehmen wären von einer solchen Maßnahme praktisch gar nicht betroffen. Auch die Erfahrungen in anderen europäischen Ländern sowie in den USA belegen, dass ein gesetzlicher Mindestlohn den Menschen hilft und der Wirtschaft nicht schadet“, so Hämmerle.

Entlastung für junge Familien

Eine andere Forderung betrifft das Kinderbetreuungsgeld. Seit es 2002 eingeführt wurde, ist es eine maßgebliche finanzielle Entlastung für junge Familien. Nur: Die Höhe wurde kein einziges Mal angepasst. Legt man eine durchschnittliche Inflation von zwei Prozent zugrunde, dann hat das Kinderbetreuungsgeld in den letzten zehn Jahren für die Familien fast ein Viertel an Wert verloren. Hämmerle: „Wir fordern die Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten und eine Indexierung, damit das Kinderbetreuungsgeld künftig wertstabil gehalten werden kann.“

Flexibilisierung ist KV-Sache

Unter dem Stichwort Arbeit standen unter anderem diese drei Anträge, die der 169. Vollversammlung der AK Vorarlberg zur Abstimmung vorgelegt wurden:

- Der Gesetzgeber wird aufgefordert, die Grundlagen für eine sechste Urlaubswoche nach 25 Arbeitsjahren zu schaffen: Analog dem Modell „Abfertigung neu“ sollen die Jahre dafür – auch bei unterschiedlichen Dienstgebern – gesammelt werden können.
- Arbeitszeitflexibilisierung soll auch in Zukunft nur auf der Basis von Kollektivverträgen erfolgen. Hämmerle: „Eine reine Verlängerung der Arbeitszeit mit Bandbreite kommt nicht in Frage!“
- Die AK Vorarlberg fordert den Nationalrat auf, das bereits von 1996 bis 2006 installierte Bonus-Malus-System für die Generation 50+ wieder einzuführen. Es hatte sich bewährt: Unternehmen werden finanziell belohnt, wenn sie ältere Arbeitnehmer

AK-Präsident Hämmerle: „Sechste Urlaubswoche nach 25 Jahren Arbeit.“

einstellen beziehungsweise länger im Betrieb halten, andererseits ist eine Zahlung fällig, wenn sie Ältere auf die Straße setzen. Bonus und Malus müssen allerdings spürbar ausgeprägt sein.

Kammerräte setzen Zeichen

„Es geht um gerechte Löhne und die angemessene Unterstützung von sozial Schwächeren“, fasst AK-Präsident Hubert Hämmerle zusammen. Vier Monate vor der Nationalratswahl am 29. September haben die AK-Kammerräte jedenfalls klare Zeichen gesetzt.

Eine weitere Forderung der AK-Vollversammlung wurde allerdings nicht Richtung Bund verabschiedet, sondern ans Land adressiert. Sie hat die Voraussetzungen zur Schaffung von leistbarem Wohnraum zum Ziel (Details auf Seite 6).

Sie haben was zu sagen?

Schreiben Sie uns Ihre Meinung zu einem Thema in dieser Ausgabe der AKtion per E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at.

Wirtschaft erholt sich „ziemlich zögerlich“

Nach wie vor „ziemlich zögerlich“ erholt sich Österreichs Wirtschaft, heißt es im Konjunkturbericht der EU-Kommission. 2012 sei die gesamtwirtschaftliche Nachfrage geschrumpft und zum Jahresende sei das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sogar leicht zurückgegangen. Die Stimmung in der Wirtschaft ist gedämpft. In diesem Jahr soll das BIP nach EU-Prognose daher nur um 0,6 Prozent wachsen. 2014, wo es in fast allen EU-Ländern wieder bergauf gehen soll, wird Österreich ein Wachstum von 1,8 Prozent vorhergesagt.

2050 brauchen eine Million Pflege

In Österreich gibt es derzeit rund 440.000 Bundespflegegeldbezieher. Im Jahr 2050 werden mehr als drei Millionen Menschen über 60 Jahre sein – rund ein Drittel davon, so Versicherungsexperten, wird dann auf Pflege angewiesen sein.

Bisher weniger neue Österreicher

Nach einem leichten Anstieg im Vorjahr war die Zahl der Einbürgerungen in Österreich im 1. Quartal 2013 wieder leicht rückläufig. Nur in Oberösterreich und der Steiermark erhielten mehr Antragsteller die Staatsbürgerschaft als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Kurz gemeldet ...

- **Die EU-Kommission** prüft die Abschaffung der 1- und 2-Cent-Stücke: zu teuer in der Herstellung und beschränkter Nutzen im Alltag.
- **Österreich wird nach dem EU-Beitritt** Kroatiens im Juli die volle Übergangsfrist von sieben Jahren für den Zugang zum Arbeitsmarkt ausschöpfen.
- **Ursprünglich bereits** für 2015 geplant, sind sich Rumäniens Staatspräsident und Premier uneinig, ob der Euro 2017 oder erst 2019 eingeführt werden soll.
- **Der Fachkräftemangel** in Deutschland wird bei Akademikern um das Jahr 2020 beherrschbar sein, dafür fehlen verstärkt Facharbeiter.
- **Vor einem Facharbeitermangel** warnt auch die Wirtschaftskammer. Die Zahl der 15-Jährigen werde im Burgenland um fast ein Viertel zurückgehen.

AK Vorarlberg weist noch große Lücken bei den Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen nach

Eltern verlangen mehr flexible Kinderbetreuung

Das Land Vorarlberg und vor allem die Gemeinden bleiben gefordert: Trotz laufenden Ausbaus der Betreuungseinrichtungen für Vorschulkinder ist ein Drittel der Eltern mit den Öffnungszeiten und deren Flexibilität unzufrieden.

Die Zahl der Plätze für die Kleinkindbetreuung muss dringend ausgebaut werden; beim Kindergartenalter gibt es zwar ausreichend Plätze, jedoch fehlt es an Angeboten für Verpflegung, Nachmittagsbetreuung und Betreuung in den Ferien; für eine echte Frühförderung müssen die Gruppen kleiner werden und der Betreuungsschlüssel den pädagogischen Anforderungen angepasst werden. Bei diesen drei Kernforderungen sieht sich AK-Präsident Hubert Hämmerle durch die Ergebnisse der aktuellen AK-Erhebung unter den betroffenen Eltern bestätigt. So sind beispielsweise zwar 64 Prozent mit den Öffnungszeiten „zufrieden“ oder sogar „sehr zufrieden“. Jedoch ist der Anteil der Unzufriedenen mit 34 Prozent (siehe Kasten) nach wie vor sehr hoch.

Mehrheit für mehr Flexibilität

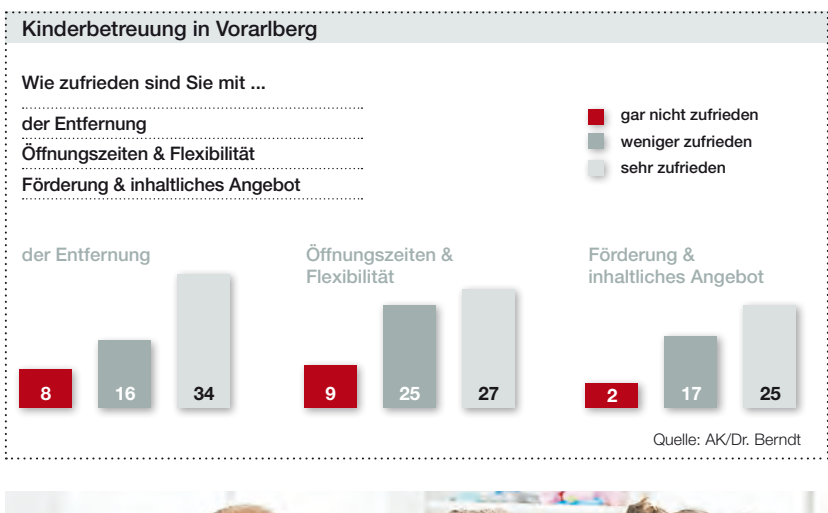
In den ländlichen Gebieten Vorarlbergs halten sich Zufriedene und Unzufriedene gerade die Waage. Deutlich ins Minus rutsch das Verhältnis unter den Alleinerziehern. Unter ihnen gaben lediglich 46 Prozent ein positives Urteil über die Öffnungszeiten und darüber, wie sie gehandhabt werden, ab.

64 Prozent der von Meinungsforscher Dr. Edwin Berndt im Auftrag der AK Vorarlberg repräsentativ Befragten wünschen sich mehr Öffnungstage in den Ferien. Fragt man die Vorarlberger Eltern nach mehr Flexibilität ab, also früheren Öffnungszeiten am Morgen, längeren am Nachmittag oder auch Offenhalten über Mittag, treten sogar 72 Prozent dafür ein. Die größte Relevanz besitzt diese Forderung erwartungsgemäß wieder bei den Alleinerziehern (79 Prozent) und Berufstätigen (83).

Aufwertung des Personals

Aktuell werden in 250 Kindergärten rund 9550 Kinder betreut. Beim Personal stehen 1379 Frauen nur neun Männer gegenüber. Wie berichtet, fordert die AK Vorarlberg gemeinsam mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten eine bessere Ausbildung und Bezahlung der Kindergartenpädagogen. Frühkindliche Förderung und Erziehung sind von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung eines Kindes. Hubert Hämmerle. „Das wurde viel zu lange deutlich unterschätzt!“

Kinderbetreuung in Vorarlberg



Quelle: AK/Dr. Berndt

Die Augen nicht verschließen: Trotz Fortschritten klaffen noch Lücken im Angebot.

Lehrling Lukas Wedam: „Ich kann mit allen Problemen zu meinem Berater kommen."

Lehrlingscoaching – es gibt eine Lösung für dein Problem

Rat und Unterstützung finden Lehrlinge beim Lehrlingscoaching. So wie der angehende Maschinenbautechniker Lukas Wedam. Er erzählte der AKtion von seinen Erfahrungen mit der Beratungsstelle.

Dank seinem Berater geht Lukas Wedam wieder gern zur Arbeit: „Ich kann jedem nur empfehlen, sich beim Lehrlingscoaching zu melden."

„Ich bin ein Sprücheklopfer. Ich rede viel", sagt Lukas Wedam von sich. Nur über seine Probleme redet er nicht. Frisst sie in sich hinein. Lässt sich nichts anmerken. Sein Chef, Walter Bösch, hat aber gemerkt, dass etwas nicht stimmt. Lukas hat nicht mehr so viel gelacht, war ständig müde, unkonzentriert, auch in der Schule ließ die Leistung des künftigen Maschinenbautechnikers nach.

Walter Bösch nahm ihn eines Morgens zur Seite, hat ihn gefragt, was los sei. „Da hab ich ihm alles erzählt. Von den Problemen zu Hause, in der Schule, mit der Miete", erinnert sich Lukas. Da der Chef seinen Lehrling nur ungern verlieren wollte, suchte er Rat bei der Wirtschaftskammer. Diese verwies ihn an das Lehrlingscoaching.

Überwindung oft groß

Das Lehrlingscoaching wurde von der Arbeiterkammer, der Wirtschaftskammer, dem Arbeitsmarktservice (AMS) und dem Land Vorarlberg ins Leben gerufen. „Lehrlinge können sich mit beruflichen, schulischen und privaten Problemen bei uns Rat und Unterstützung holen", erläutert Sozialpädagogin Sigrid Hämmerle-Fehr vom Institut für Sozialdienste (IfS). Eine direkte Kontaktaufnahme mit dem Lehrlingscoaching ist nicht möglich. Die Betroffenen werden bei Bedarf von der Wirtschafts- oder der Arbeiterkammer an das IfS weitervermittelt.

Doch die Überwindung, sich Hilfe zu holen, ist groß. „Ich bin so froh, dass sich mein Chef für mich eingesetzt hat. Da muss ich ihm einen großen Dank aussprechen. Alleine hätte ich diesen Schritt nicht gemacht", sagt Lukas.

„Endlich wieder Licht gesehen"

Ganz überzeugt von der Sache war der angehende Maschinenbautechniker zu Beginn aber nicht: „Ich dachte mir: Das bringt nichts. Was kann mir der schon helfen? Aber als ich nach dem ersten Gespräch mit meinem Berater aus der Tür hinaus ging, ist mir ein riesiger Stein vom Herzen gefallen. Ich habe endlich wieder ein Licht gesehen."

Zwölf Beratungsstunden kann ein Lehrling beim Lehrlingscoaching in Anspruch nehmen. „Selbstverständlich braucht nicht jeder diese zwölf Stunden", wie Sigrid Hämmerle-Fehr erläutert: „Manchen genügt schon ein kurzes Gespräch um sich zu informieren oder einfach mal über die Probleme zu reden. Andere brauchen wiederum mehr als zwölf Stunden."

„Kann mit allen Problemen kommen"

Die Berater sind Ansprechperson, Kummerkasten, Kollege und Stütze für die Jugendlichen. „Ich kann mit allen Problemen kommen. Von der Arbeit, der Schule, Freizeit, Kollegen, Mädchen – einfach alles. Das ist echt super", sagt Lukas. Sein Coach übernahm auch wichtige Gespräche mit dem Chef, der Bank und Lukas' Vermieterin. „Darüber bin ich so froh. Ich hätte das nie gekonnt", ist der Lehrling erleichtert. Stück für Stück lösen sie gemeinsam die Probleme.

Sich rechtzeitig melden

So wie in diesem Fall sind es meist andere, die sich an die Beratungsstelle wenden: der Betrieb, die Eltern, die Schule. „Die Lehrlinge kommen selten von selbst. Dabei wäre es besonders in schwierigen Situationen gut, wenn sie so rasch wie möglich Hilfe suchen und nicht zu lange warten", betont die Sozialpädagogin. Denn bis Außenstehende merken, dass etwas nicht in Ordnung ist, beziehungsweise bis sie sich endlich bei der Beratungsstelle melden, ist die Situation oft schon festgefahren, wie Sigrid Hämmerle-Fehr erzählt: „Wir können manchmal nur noch bei der Auflösung des Lehrverhältnisses helfen."

Seine Lehrstelle hat Lukas nicht verloren. „Seit ich den Betreuer habe, fange ich wieder an zu lachen und es geht mir besser. Es rollt wieder, sozusagen. Ich kann jedem nur empfehlen, sich beim Lehrlingscoaching zu melden", sagt er.

Ruf an!

Das Lehrlingscoaching bietet:
- Unterstützung bei Problemen während der Lehre, im Ausbildungsbetrieb oder in der Schule,
- Mediation zur Bewältigung von Konflikten während der Ausbildung,
- Coaching zur Lösung von Problemen im persönlichen Umfeld,
- Begleitung bei der Bewältigung schulischer Probleme, Organisation von Nachhilfe,
- Beratung zur beruflichen Neuorientierung nach dem Verlust der Lehrstelle sowie Hilfestellung beim Auffinden einer neuen Lehrstelle.

AK-Lehrlings- und Jugendabteilung Telefon 050/258-2300 oder WK-Lehrlingsstelle Telefon 05572/3894-315

Lehrlingstipp

Lehrzeitende

Christine Raggl

Anna befindet sich derzeit im dritten Lehrjahr als Einzelhandelskauffrau. Lehrzeitende laut Lehrvertrag ist der 31. August 2013. Ihre Lehrabschlussprüfung wird sie im Juli ablegen. Da für Anna unklar ist, wann ihr Lehrverhältnis tatsächlich endet, wendet sie sich an die Lehrlings- und Jugendabteilung der AK Vorarlberg und erhält folgende Auskunft:
Sollte Anna die Lehrabschlussprüfung positiv absolvieren, so endet ihr Lehrverhältnis automatisch mit dem darauffolgenden Sonntag und sodann beginnt die Weiterverwendungszeit. Diese beträgt grundsätzlich laut Berufsausbildungsgesetz drei Monate. Sie kann jedoch durch den Kollektivvertrag noch verlängert sein. Im Fall von Anna kommt der Kollektivvertrag für den Handel zur Anwendung. Dieser Kollektivvertrag sieht eine Weiterverwendungszeit von fünf Monaten vor. Für Anna bedeutet dies, dass ihr Lehrberechtigter sie nach Lehrzeitende als Fachkraft für zumindest fünf Monate weiterbeschäftigen muss. Ob die Weiterverwendungszeit in Anspruch genommen wird, liegt immer in der Entscheidung des Lehrlings. Da Anna noch keine neue Arbeitsstelle in Aussicht hat, wird sie diese Weiterverwendungszeit auf jeden Fall in Anspruch nehmen. Außerdem erhält Anna die Information, dass der Lehrberechtigte die Kosten der Prüfungstaxe beim erstmaligen Antreten zur Lehrabschlussprüfung innerhalb der Lehr- beziehungsweise Weiterverwendungszeit übernehmen muss.

Informationen und Beratung: www.akbasics.at

Vorarlberger Zukunftstag nun auch für Jungs

Zu Besuch bei Papas Arbeit: „Ich geh mit"

„Ich geh mit" ist das Motto am 27. Juni 2013. Dann findet nämlich der Vorarlberger Zukunftstag statt und – wie der Name schon vermuten lässt – an diesem Tag dürfen die Mädchen und neu auch die Jungen ihre Eltern am Arbeitsplatz besuchen.

Der Vorarlberger Zukunftstag „Ich geh mit" ist die Nachfolge vom „girls day", der elf Jahre lang erfolgreich durchgeführt wurde. Er richtet sich an alle Mädchen und nun auch Jungen zwischen 10 und 14 Jahre, die schon immer mal wissen wollten: Was machen Mama und Papa eigentlich den ganzen Tag? Die Kinder lernen so nicht nur den Alltag ihrer Eltern kennen, sondern erhalten einen ersten Einblick in die Arbeitswelt.

Kinder lernen beim Vorarlberger Zukunftstag den Alltag ihrer Eltern kennen.

So funktioniert es:

Die Anmeldung zum Vorarlberger Zukunftstag ist ausschließlich über das Unternehmen möglich. Also: Sprechen Sie sich mit dem Betrieb ab und melden Sie das Kind beim BIFO zu „Ich geh mit" an. Versichert sind die Kinder an diesem Tag über das BIFO (Sammelversicherung). Anmeldeschluss ist am Mittwoch, 26. Juni 2013 um 17 Uhr.

Vorarlberger Zukunftstag www.ichgehmit.at/anmeldung oder Telefon 05572/317 17

Berufsschüler lernten AK und GPA-djp kennen

Wofür braucht es eigentlich die Arbeiterkammer und was macht die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) überhaupt? Diese und viele weitere Fragen beantworteten Marcus Mayer, Leiter der AK-Lehrlings- und Jugendabteilung, und Bernhard Heinzle, Regionalgeschäftsführer der GPA-djp, den rund 200 Schülern der Berufsschule Bludenz. Denn jeder Lehrling im Ländle ist auch Mitglied der AK Vorarlberg. Und die berät junge Arbeitnehmer kostenlos und vertraulich zu den Themen Arbeitszeit und Überstunden, Lehrlingsentschädigung, Urlaub und Sonderzahlungen, Berufsbilder und Ausbildung im Betrieb, Probleme mit dem Vorgesetzten oder Ausbilder, Auflösung von Lehrverträgen sowie Lehrabschlussprüfung und Behaltepflicht und vielem mehr. Die Gewerkschaft setzt sich wiederum direkt für die Interessen der Arbeitnehmer ein und kämpft zum Beispiel für einen besseren Kollektivvertrag.

Informationen und Beratung: www.akbasics.at und www.gpa-djp.at

Schüler besuchen die AK Vorarlberg

Wieder hatte die AK Feldkirch Besuch von vielen Schülern sowie deren Lehrern. Der Leiter der Lehrlings- und Jugendabteilung, Mag. Marcus Mayer, erläuterte die zahlreichen Serviceleistungen sowie den Aufbau und die Struktur der Arbeiterkammer.

Die Schüler der Klasse 1b der Handelsschule Feldkirch zu Besuch in der AK.

Die Klasse Fitness und Sport der Polytechnischen Schule in Bregenz.

Die angehenden Friseurinnen und Friseure der Berufsschule Feldkirch.

Die angehenden Bäcker von der Landesberufsschule Feldkirch.

Generationen-Management: Experte Prof. Dr. Heinrich Geißler plädiert für rasches Umdenken in den Betrieben

„Gleiche Behandlung von Alt und Jung ist unproduktiv“

In den nächsten 15 Jahren steigen in Vorarlberg aufgrund der älterwerdenden Belegschaften die krankheitsbedingten Kosten für Krankenkassen und Unternehmen um 350 Millionen Euro. Es lässt sich gegensteuern, erklärt Prof. Dr. Heinrich Geißler, Experte für Generationen-Management im Interview mit der AKtion.

Alter(n)sgerechte Berufsverläufe und Arbeitsumfelder sind notwendig, um den demografischen Wandel zu bewältigen.

Ältere sind zwar seltener, dafür aber länger krank als Jüngere. Auf 100 Erwerbstätige zwischen 20 und 64 Jahre werden deshalb 2027 durchschnittlich 151 Krankenstandstage mehr entfallen als heute (siehe Kasten unten). Um die damit verbundenen Kosten zu reduzieren, sei eine altersgerechte Arbeitsgestaltung notwendig, plädiert Heinrich Geißler für Investitionen in ein nachhaltiges Generationen-Management. Er ist Berater für betriebliche Gesundheitsförderung und Honorarprofessor der Universität Potsdam.

Sie sprechen von demografiebedingten Zusatzkosten. Wie kommen die zustande?

Heinrich Geißler: Die aktuelle Statistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger zeigt, dass Arbeitnehmer im Alter von bis zu 49 Jahre zwischen 10,9 und 12 Kalendertage im Jahr krank sind. Bei Arbeitnehmern ab 49 Jahre liegt der krankheitsbedingte Arbeitsausfall bei 20 Kalendertagen im Jahr. Da der Anteil der Erwerbsbevölkerung über 49 Jahre von 23 Prozent bis 2027 auf über 40 Prozent steigen wird, werden die Krankenstands-Fehlzeiten um 11,1 Prozent steigen. Allein auf Unternehmensseite summiert sich das im genannten Zeitraum bei den Lohnfortzahlungen auf Zusatzkosten in der Höhe von etwa 160 Millionen Euro.

„Jede Management-Entscheidung hat mehr oder weniger mit Gesundheit zu tun. Sie erfordert deshalb entsprechendes Wissen.“

Prof. Dr. Heinrich Geißler, Generationen-Management-Experte

Erhöhen sich auch die Kosten für die Gebietskrankenkasse?

So ist es. Erfahrungsgemäß fällt etwa ein Drittel aus der Lohnfortzahlung der Unternehmen heraus und damit in die Krankengeldleistung der Kassen. Demografiebedingt lässt sich das in Summe auf über 30 Millionen Euro an Krankengeld hochrechnen, das zusätzlich in den kommenden 15 Jahren bezahlt werden müsste. Hinzu kommt noch der Anstieg der Krankenhauskosten, für Kuraufenthalte und so weiter.

Basieren diese Berechnungen auf der schlimmsten Annahme?

Nein, sie sind sogar konservativ. Sie basieren auf der offiziellen Erwerbstätigenstatistik von Ende 2011. So geht die Kostenrechnung für die Kassen von einem demografiebedingten Zusatzaufwand nur für Lohnfortzahlung der Langzeitkranken aus und beinhaltet noch keine zu erwartenden Mehraufwände für Krankenhausaufenthalte, Heil- und Hilfsmittel oder Kuren. Die Wirklichkeit ist sehr wahrscheinlich deutlich teurer, wenn von Kassen und Unternehmen nicht in altersgerechte Arbeitsgestaltung investiert wird.

Wie könnte man diese zusätzlichen Aufwände verringern?

Notwendig sind komplexe Verhaltensänderungen in den Betrieben, also nachhaltiges aktives Generationen-Management. Es geht darum, die Zusammenarbeit älterer und jüngerer Arbeitnehmer zu fördern und die Stärken und Schwächen der verschiedenen Generationen mehr zu berücksichtigen. Die Jüngeren haben meist das aktuellere technische Wissen, die Älteren haben den Überblick über den Gesamtprozess und ein großes Erfahrungswissen. Innovation ist kein Privileg der Jugend. Innovationen sind Ergebnis guter Kooperation von Jung und Alt. Je eher wir mit nachhaltigem Generationen-Management beginnen, desto besser.

Sie veranstalten im Oktober eine Konferenz zu alter(n)sgerechter Arbeitsgestaltung. Was sind die wichtigsten Schwerpunkte – brauchen Ältere wirklich Entlastungsmaßnahmen?

Unbedingt, denn die körperliche Leistungsfähigkeit nimmt ab, selbst mit starkem und regelmäßigem Training können bestimmte körperliche Veränderungen nicht aufgehalten, sondern nur verlangsamt werden. Gleichzeitig nimmt die Erholungsfähigkeit des Menschen im Alter ab. Also sind alle körperlichen Belastungen, wie beispielsweise schweres Heben und Tragen, Nachtarbeit, Arbeiten in großer Hitze oder Kälte oder regelmäßige Überstunden aus präventiven Gründen zu reduzieren. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass sich unser Hör- und Sehvermögen verändert und dass uns mit zunehmendem Alter auch der Zeitdruck schwerer belastet. Hinzu kommt, dass sich Ältere in ihrer Leistungsfähigkeit mehr voneinander unterscheiden als Jüngere. Es ist also unfair und zugleich unproduktiv, in einem Unternehmen alle gleich zu behandeln. Es geht um eine alters- und alternsgerechten Arbeitsgestaltung, die den Stärken und Schwächen aller Generationen in einem Betrieb gerecht wird.

Auswirkungen des demografischen Wandels in Vorarlberg

Krankenstandstage pro 100 Beschäftige im Alter von 20 bis 64 Jahre

2013	2027	Differenz
1364 Tage	1514,9 Tage	150,8
(100 %)	(111,1 %)	(11,1 %)

Rechenbeispiel für ein Unternehmen mit 1000 Beschäftigten (ø 38.000 Euro Jahresbrutto inklusive Arbeitgeberbeiträge ohne zusätzliche Personalkosten für Erkrankte): Der Zusatzaufwand wächst in zehn Jahren auf 383.857 und in 15 Jahren auf 837.507 Euro.

Basis: letzte offizielle Daten der Statistik Austria und des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger

Konferenz in Bregenz

Zweite Wirtschaftskonferenz zum Generationen-Management: „Praktische Bespiele alter(n)sgerechter Arbeitsgestaltung“
- Bregenzer Festspielhaus am 15. und 16. Oktober 2013
- Über 20 internationale Referenten und Praktiker
- Angesprochen sind Personalverantwortliche, Management, Betriebsräte und betriebliche Gesundheitsexperten.

Infos und Anmeldung: www.bf-geissler.com, Telefon 05574/4344323

Weiberkram

Viele offene Fragen

Univ.-Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss

Man könnte den neuen Gesetzesvorschlag zur Pflegekarenz als sozialpolitischen Meilenstein feiern: Einkommensabhängiges Karenzgeld bis 1400 Euro, Weiterversicherung und Anrechenbarkeit für Pensionszeiten sollen Pflege naher Angehöriger leistbar und berufskompatibel machen. Drei Monate, die bei einer Erhöhung der Pflegestufe verdoppelt werden können, und die Möglichkeit, dass zwei Personen pro Betreuungsfall zum Einsatz kommen – also letztlich ein ganzes Jahr abgesicherte Familienpflege.

Erst auf den zweiten Blick tauchen ein paar Fragezeichen auf. Da ist einmal die Frage der Zustimmung des Arbeitgebers – gerade in den in Österreich häufigen Klein- und Mittelbetrieben könnte es Schwierigkeiten geben.

Zum anderen kann die zeitliche Limitierung bzw. die Pflegestufenkoppelung bei der Verlängerung zu Härten führen: Drei Monate sind vorbei, Zustand unverändert, keine zweite Pflegeperson verfügbar – was passiert dann? Vor allem, wenn es so schnell keinen geeigneten Heimplatz gibt?

Auch die Großzügigkeit des staatlichen Sozialsystems ist letztlich in Zweifel zu ziehen. Wenn man monatliche Pflegekosten in Institutionen und den Aufwand für die Pflegekarenz gegenüberstellt, bleibt da ein ganz schönes Körberlgeld für den Staat. Am Rande könnte man auch noch anmerken, dass bei Angehörigenpflege auch die Professionalität und damit Qualität nicht immer sichergestellt ist.

Und letztlich gibt es natürlich wenig Zweifel, wer die Pflegekarenz mit allen Mühen auf sich nehmen wird: Einmal mehr werden es die Frauen sein, die sich damit auch einen weiteren Stolperstein für ihre Berufskarrieren einhandeln.

E-Mail: irene.dyk@jku.at

2012 mehr Unfälle auf dem Arbeitsweg

Die Zahl der Verkehrsunfälle auf dem Arbeitsweg ist in Vorarlberg im Vorjahr leicht gestiegen: 183 Menschen wurden verletzt, eine Person kam ums Leben. 2011 gab es 169 Verletzte und ebenso ein Todesopfer. Die meisten Unfälle auf dem Arbeitsweg passieren in Vorarlberg mit dem Auto. Darauf folgen Fahrrad- und Motorrad- beziehungsweise Mopedunfälle.

Bereits über 26.000 radeln zur Arbeit

Bereits mehr als 26.000 Beschäftigte in Vorarlberg radeln laut Verkehrsclub Österreich (VCÖ) in die Arbeit. Das sind mehr als doppelt so viele wie noch im Jahr 2001. Wer einen Arbeitsweg von fünf Kilometern hat und 150 Mal im Jahr statt mit dem Auto mit dem Fahrrad zur Arbeit fährt, erspare sich rund 140 Euro allein an Spritkosten.

Bildungsteilzeit neu ab 1. Juli 2013

Wer auf sein Einkommen nicht ganz verzichten will oder kann und sich trotzdem weiterbilden will, dem wird ab 1. Juli mit der Bildungsteilzeit eine neue Möglichkeit eröffnet. Die Höhe des Bildungsteilzeitgeldes bemisst sich nach der Reduktion der wöchentlichen Normalarbeitszeit.

„Mit reda kond d'Lüt zemma“ ist das Motto von AK-Präsident Hubert Hämmerle. Nutzen Sie die Gelegenheit und machen Sie Ihre Fragen, Anliegen und Vorschläge zum Thema.

25. Juni 2013 von 14 bis 15 Uhr unter Telefon 050/258-6800

Einladung zur Telefon-Sprechstunde.

Mit AK-Präsident Hubert Hämmerle.

AK VORARLBERG

Stark für Sie. www.ak-vorarlberg.at

Arbeitsbedingungen wirken sich auf Erkrankungswahrscheinlichkeit aus

Stress begünstigt Diabetes

Stressige Arbeitsbedingungen und ein Mangel an kollegialer Unterstützung können das Risiko für Diabetes erhöhen. Das haben Forscher der Universität Tel Aviv herausgefunden.

Demnach sind nicht nur Übergewicht, hoher Blutdruck oder Bewegungsmangel Ursachen für Diabetes-Typ-2, sondern auch defizitäre Arbeitsbedingungen. Studienteilnehmer mit großem kollegialen Rückhalt hatten eine um 22 Prozent geringere Diabetes-Wahrscheinlichkeit. Diejenigen mit einer Über- oder Unterarbeitsbelastung entwickelten mit einer um 18 Prozent höheren Wahrscheinlichkeit die Zuckererkrankung.

Die AK Vorarlberg fordert mehr Initiative, damit Wohnen wieder leistbar wird. Mit einem Pilotprojekt für kostengünstigen, nachhaltigen Wohnbau geht sie zusammen mit der Vogewosi mit gutem Beispiel voran.

Sämtliche mit dem Wohnen verbundenen Kosten schnellten zuletzt in die Höhe. Der Traum von den eigenen vier Wänden bleibt für immer mehr Vorarlberger daher eben nur ein Traum. Die AK Vorarlberg macht sich für eine Kostenbremse stark.

AK-Forderung: Wohnen muss wieder leistbar sein!

Wohnen wird zum Luxus: AK-Präsident Hubert Hämmerle fordert von der Politik Handeln. Denn immer mehr Menschen im Land ächzen unter den hohen Kosten, die sie für die gemieteten oder eigenen vier Wände aufbringen müssen.

Wohnraum ist auch Lebensraum, ein Raum, in dem man lebt, sich entfalten und ausbreiten kann. Doch gerade junge Menschen und Familien können sich nicht so ausbreiten, wie sie gerne würden. Die Mieten in Österreich sind in den vergangenen zehn Jahren nahezu explodiert: um 34 Prozent, während die Löhne im selben Zeitraum nur um 22 Prozent stiegen. Die Inflationsrate betrug 21 Prozent.

Das heißt: Ein Großteil ihres Einkommens müssen die Menschen für die Wohnkosten aufwenden.

Folgen für den Arbeitsmarkt

Die hohen Wohnkosten wirken sich nicht nur auf den Einzelnen aus. „Werden die Mieten höher und das Eigentum teurer, bleibt weniger Geld in der Tasche. Folglich sinkt die Kaufkraft und das kostet uns über kurz oder lang Arbeitsplätze", ist AK-Präsident Hubert Hämmerle besorgt über die Entwicklung.

Die steigenden Wohnkosten haben verschiedene Ursachen. Es fängt bereits bei den rapide nach oben schnellenden Grundstückspreisen an. Die Kosten für Grund und Boden müssen auch über die Mieten wieder hereinkommen. Weiters tragen steigende Betriebskosten ihren Teil dazu bei, dass Wohnen mehr und mehr zum teuren Luxus wird. Keineswegs besser stellt sich die Situation beim Wohnen im Eigentum dar.

Perspektive geben

Daher fordert AK-Präsident Hubert Hämmerle, sich wieder mehr auf die soziale Komponente bei der Wohnbauförderung zu besinnen und jungen Menschen eine erschwingliche Perspektive zu geben.

Die AK Vorarlberg fordert:

- die soziale Komponente im Wohnbau wieder in den Vordergrund zu stellen,
- die Bauordnung zu vereinfachen, um die Baukosten zu senken,
- für die Wohnbauförderung sowie die Rückflüsse der Fördermittel wieder eine Zweckwidmung einzuführen,
- jene Kosten aus dem Betriebskostenkatalog zu streichen, die keine Betriebskosten im eigentlichen Sinn sind,
- die Mieten von der Inflation abzukoppeln,
- die Befristungsmöglichkeiten in Mietverträgen einzuschränken,
- neue Finanzierungsmodelle für den Wohnbau,
- wirksame Maßnahmen gegen Grundstücksspekulation einzuführen,
- eine höhere Baunutzungsziffer

Forderungen ans Land

Auch die 169. Vollversammlung der AK Vorarlberg hat sich in der letzten Woche mit dem Thema beschäftigt und einen entsprechenden Antrag an das Land Vorarlberg behandelt. Sein Kern sind Forderungen nach einem Wandel, der in der Zuständigkeit des Landes liegt. Dazu zählt unter anderem ein Baugebot einzuführen, damit unbebaute Grundstücke mit einer Baulandwidmung nicht brachliegen, sondern innerhalb einer zumutbaren Frist tatsächlich bebaut werden.

„Entwürdigend!"

„Wir sind bereits an dem Punkt angelangt, dass sich immer mehr arbeitende Menschen Wohnen ohne Sozialhilfe nicht mehr leisten können. Das ist entwürdigend", sagt AK-Präsident Hubert Hämmerle. Leistbares Bauland wird besonders in den Regionen mit erhöhtem Wohnungsbedarf immer knapper. In den Städten haben sich in den vergangenen Jahren die Grundstückspreise deutlich dynamischer entwickelt als die Baukosten und gefährden damit die Leistbarkeit von Wohnraum.

Hämmerle: „Auch haben die enormen Gewinne der letzten 20 Jahre dazu geführt, dass sehr viel privates Geld in Grundstücken veranlagt wird, weil am Kapitalmarkt zwar viel verdient, aber auch viel verloren werden kann."

Wohnbaureferent LSth. Karlheinz Rüdisser: 180 Millionen Euro für Wohnbauförderung

Land will flächendeckend sozialen Wohnbau

Herr Landesstatthalter, die Kosten fürs Wohnen in Vorarlberg steigen und steigen. In welchem Umfang unterstützt das Land erschwingliches Wohnen?

Dr. Karlheinz Rüdisser: Wohnen ist ein Grundbedürfnis des Menschen und hat daher generell einen hohen Stellenwert in der Landespolitik. Auch weil von den Vorarlbergern beim Wohnen ganz speziell auf Qualität Wert gelegt wird. Ihre Beurteilung der Lebensqualität hängt auch entscheidend davon ab, wie das Bedürfnis des Wohnens befriedigt werden kann. Daher ist die Wohnbauförderung ein sehr wichtiges Instrument, wir geben dafür rund 180 Millionen Euro im Jahr aus.

Wie teilen sich die Mittel auf?

In die drei Bereiche Neubau, Sanierung und Wohnbeihilfe, die das leistbare Wohnen abdecken soll.

Wie ist zu erklären, dass die Zahl der Bezieher von Wohnbeihilfe und Wohnungszuschuss in den letzten Jahren gesunken ist?

Diese Instrumente kommen zum Tragen, wenn die Miete einen großen Anteil des Lohns einnimmt. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation ist nach der Krise glücklicherweise die Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen. Das ist bei der Wohnbeihilfe spürbar. Sie stagniert allerdings im langjährigen Vergleich auf hohem Niveau.

Gibt das Land zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnbau aus?

Ja, die Summe wurde von 28 auf 40 Millionen Euro erhöht. Von den 1200 bis 1300 neuen Wohnungen, die das Land pro Jahr durchschnittlich fördert, entfallen in diesem Jahr insgesamt 500 auf den gemeinnützigen Wohnbau. In früheren Jahren waren das um die 300. Uns geht es darum, den gemeinnützigen Wohnbau möglichst flächendeckend zu erweitern, nicht nur im städtischen Raum. Erfolgreiche Beispiele finden sich im Bregenzerwald und Montafon – in 60 der 96 Gemeinden stehen heute gemeinnützige Wohnungen.

Landesstatthalter Rüdisser: Wohnbauhilfe auf hohem Niveau.

AK ermöglicht günstiges Pilotprojekt im Wohnbau

Um Wohnen im Ländle wieder leistbar zu machen, fordert die AK Vorarlberg nicht nur von anderen Taten ein. Bei einem Pilotprojekt geht sie zusammen mit der Vogewosi mit gutem Beispiel voran.

17 Wohnungen werden demnächst in Tosters gebaut, die ihren Bewohnern auf lange Sicht die günstigste Miete versprechen. Denn Entscheidungsgrundlage für die Umsetzung sind nicht ausschließlich die momentanen Baukosten, sondern auch die Nutzungs- und Folgekosten, mit denen für den Erhalt des Gebäudes zu rechnen ist. Kurz: die so genannten Lebenszykluskosten.

„Die AK Vorarlberg fordert mehr sozialen Wohnbau im Land – hier haben wir selbst die Möglichkeit, etwas beizutragen. Das ist der erste Punkt", erklärt AK-Direktor Rainer Keckeis die Beweggründe, „der zweite: Gemeinsam mit namhaften Partnern wollen wir endlich einmal objektivieren, wie sich verschiedene Bauweisen konkret auf die Kosten auswirken. Dazu wird das Gebäude mit 17 Wohnungen zwar ‚nur' einmal errichtet, aber in drei unterschiedlichen Varianten bis ins Detail geplant, berechnet und ausgeschrieben."

Das bedeutet freilich auch einen finanziellen Mehraufwand. Da es sich um ein Pilotprojekt handelt, von dem sich die Beteiligten aussagekräftige Fakten über die Gestaltung der Wohnbaupolitik erwarten, tragen das Land Vorarlberg, die Vogewosi und die AK die Kosten für die zusätzlichen planerischen und organisatorischen Schritte.

Drei Pläne zum Vergleich

„Nicht nur für uns", erklärt Vogewosi-Baumeister Alexander Pixner, „ist es überhaupt das erste Mal in Vorarlberg, dass ein Gebäude in drei Gebäudequalitäten ausgeschrieben wird und erst dann entschieden wird, in welcher gebaut wird."

Geplant wird das Wohngebäude als klassisches Niedrigenergiehaus, Passivhaus und als Null-Energiehaus. Offen ist auch, ob das Gebäude als reiner Holzbau, Ziegelbau oder in einer Mischbauweise errichtet wird. Architekt Dietmar Walser: „Es geht um Nachhaltigkeit." Jede Art zu bauen bestimmt andere planerische, aber auch gesetzliche Voraussetzungen. Walser nennt nur als Beispiel unterschiedliche Spannweiten, die je nach verwendetem Baumaterial möglich oder erlaubt sind. Und die Wahl der Baustoffe wirkt sich auch auf die laufenden Erhaltungskosten aus. Walser: „Bei diesem Projekt rechnen wir auf Sicht von 50 Jahren." Dazu werden nicht nur die Herstellungskosten der drei Varianten gegenübergestellt, sondern auch geklärt, was eine Generalsanierung dazwischen erfordert. „Damit muss man bei einem solchen Zeitraum rechnen. Ohne etwas daran zu tun, hält kein Gebäude so lange."

Regelungswut

Dem energietechnischen Aspekt kommt besondere Beachtung bei diesem Projekt zu. Denn gerade die Ökologisierung im Wohnungsbau, merkt AK-Direktor Rainer Keckeis kritisch an, ist an sich grundvernünftig, doch schießt der Gesetzgeber dabei mit einschlägigen Vorschriften übers Ziel: „Mit einer wahren Regelungswut ist das vernünftige Maß längst überschritten. Verlangt wird immer mehr sündteure und aufwändige Technik, um jedes noch so kleine energetische Detail zu regeln. Das hat zu einer Kostensteigerung geführt, die jeden Vorarlberger Bauherrn belastet, vor allem aber im Bereich des sozialen Wohnbaus dem gemeinnützigen Gedanken von leistbarem Wohnen zuwiderläuft."

Die AK Vorarlberg fordert daher zwar keine Rücknahme bei den Vorschriften, im Bereich der gesamten Wohnbauförderung jedoch eine klare Rückbesinnung auf den sozialen Aspekt. „Bauen, mieten – das Wohnen in Vorarlberg muss wieder leistbar werden", hält Keckeis fest.

AK-Direktor Keckeis: „Wollen Nachweis erbringen, dass es auch günstig geht."

Breite Runde in der AK Vorarlberg: Expertentreffen zum Projekt.

Wissenschaftlich begleitet

Um beim Pilotprojekt in Tosters objektivierte Angaben zu erhalten, wie sich welche Bauweise auf den Energieverbrauch, die Wartung und damit auch langfristig auf die Kosten auswirkt, wurde nicht nur das Energieinstitut ins Boot geholt. Das Projekt wird außerdem vom Arbeitsbereich „Energieeffizientes Bauen" am Institut für Konstruktion und Materialwissenschaften der Universität Innsbruck wissenschaftlich begleitet. Konsequente Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Bauphysik haben gezeigt, dass durch intelligentes Bauen nach den gut verstandenen Gesetzen der Physik der bisher extrem hohe Energiebedarf auf einen Bruchteil von meist weniger als einem Zehntel, immer jedoch weniger als der Hälfte gesenkt werden kann. Der Arbeitsbereich „Energieeffizientes Bauen" sieht seine wichtigste Aufgabe darin, den nachhaltigen Erneuerungsprozess zu unterstützen: „Guter Komfort und zugleich niedriger Energieverbrauch sind vereinbar."

Architekt Dietmar Walser: Günstige Kosten und Nachhaltigkeit als Ziele.

Dass unter dieser Vorgabe auch kostengünstiges Bauen möglich ist, soll das Projekt Tosters beweisen. Im Mai haben sich alle Beteiligten zu einem ersten Austausch in der AK Feldkirch getroffen. Noch sind viele Details des Bauvorhabens offen. Architekt Dietmar Walser geht allerdings davon aus, dass das Gebäude mit einer kontrollierten Be- und Entlüftung ausgestattet wird. Eines weiß Walser am Beginn seiner Arbeit aber sicher: „Jede der drei Varianten wird anders aussehen."

Muster für die Regionen

Entstehen werden insgesamt 17 Wohnungen mit zwei bis vier Zimmern, dazu eine Tiefgarage, „so wie es heute Standard ist", erklärt Walser. Der Baukörper wird aller Voraussicht nach Erdgeschoß plus zwei Obergeschoße aufweisen, um als Musterobjekt auf sämtliche, nicht nur die städtischen Regionen in Vorarlberg „übertragbar" zu sein.

Experten und Bevölkerung treffen sich an einem Fachtag zum Austausch

Der Walgau diskutiert „Wohnen morgen"

Die Regio „Im Walgau" thematisiert in ihrem zweiten Jahr in öffentlichen Veranstaltungen regionale Herausforderungen. Am 7. Juni steht das Thema Wohnen auf dem Programm.

Anhand vielfältiger fachlicher Inputs will die Regio mit der Bevölkerung am Freitag der kommenden Woche zukunftsfähige und leistbare Wohnmodelle diskutieren. Der Fachtag aus der Reihe „Zukunft im Walgau" stellt die Frage, wie wir morgen wohnen werden.

Am Beginn der Veranstaltung stehen Impulsreferate zu den Themenkreisen Umgang mit Flächen, nachhaltige Entwicklung von Siedlungen, neue Wohnformen und nicht zuletzt Finanzierungsmodelle. Referenten sind Expertinnen der TU Wien und der Universität Freiburg, Christian Wintersteller von der Gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft Salzburg und Architekt Dietmar Walser, der dabei auch Bezug auf das Pilotprojekt von Vogewosi und AK Vorarlberg (siehe oben) nimmt.

Fachtag im Walgau

Zukunft im Walgau: „Wie werden wir morgen wohnen?"

- Gemeindezentrum Ludesch, Freitag, 7. Juni 2013, 14 Uhr
- Impulsreferate, Marktplatz für Modelle und Ideen, Diskussionsrunden

Infos und Anmeldung: sekretariat@imwalgau.at, Telefon 05525/62215-151

Marktplatz für Ideen

Beim Fachtag kommen Akteure verschiedener Initiativgruppen und Fachorganisatoren mit Vertretern aus Politik und Verwaltung der Walgaugemeinden und des Landes zusammen. Ein so genannter Marktplatz bietet Gelegenheit, sich über unterschiedliche Modelle und Ideen auszutauschen.

AK Konsumentenberatung: Womit Sie rechnen müssen

Provisionen beim Mietvertrag einer Wohnung oder eines Einfamilienhauses

In der Immobilienmaklerverordnung sind Provisionshöchstsätze festgelegt, die je nach Geschäft unterschiedlich sind. Bei einem Geschäft zwischen Immobilienmakler und Mieter:

- Die Vermittlungsprovision, die mit dem Mieter vereinbart werden darf, beträgt bei länger als drei Jahre befristeten oder unbefristeten Mietverhältnissen maximal zwei Bruttomonatsmieten zuzüglich 20 Prozent Mehrwertsteuer, bei bis höchstens drei Jahre befristeten Mietverhältnissen maximal zwei Bruttomonatsmieten plus 20 Prozent Mehrwertsteuer.

Das Gesetz sieht jedoch Ausnahmen vor. Hier die wichtigsten:

- Ist der Makler auch der Verwalter des Hauses, in dem sich die vermittelte Wohnung befindet, besteht an der Wohnung Wohnungseigentum und ist der Vermieter Mehrheitseigentümer der Liegenschaft, dann gebührt dem Makler maximal die Hälfte der oben angeführten Provisionshöhe.
- Bei der Verlängerung eines befristeten Mietvertrages kann – sofern das ursprünglich vereinbart wurde – die Provision bis zu jenem Betrag nachgefordert werden, der der Höchstprovision unter Berücksichtigung der insgesamt vereinbarten Vertragsdauer entspricht.

Bei einem Geschäft zwischen Immobilienmakler und Vermieter:

- Die Vermittlungsprovision beträgt unabhängig von der Vertragsdauer maximal drei Bruttomonatsmieten plus 20 Prozent Mehrwertsteuer.
- Auch hier sieht das Gesetz Ausnahmen.

Grundlage für die Berechnung ist immer der Bruttomietzins, der sich aus Haupt- oder Untermietzins samt Mietzins für mitvermietete Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände, Betriebskosten, laufende öffentliche Abgaben (insbesondere Grundsteuer) und allenfalls besondere Aufwendungen (zum Beispiel Betrieb von Gemeinschaftsanlagen wie Aufzug oder Waschküche) zusammensetzt. Die allenfalls vom Vermieter zu entrichtende Umsatzsteuer wird nicht in den Bruttomietzins eingerechnet. Bei Wohnungen im Vollanwendungsbereich des Mietrechtsgesetzes werden auch die Heizkosten nicht in den Bruttomietzins eingerechnet.

Die Provisionsangaben sind Höchstgrenzen – verhandeln Sie!

AK Konsumentenberatung: konsumentenschutz@ak-vorarlberg.at, Telefon 050/258-3000

Konsumentenberater warnen vor SBASS

In einem Mahnschreiben fordert die Firma „SBASS – Telekommunikation GmbH“ Konsumenten auf, eine ausstehende Rechnung über 156 Euro zu begleichen. Die Betroffenen hätten angeblich einen „Anrufblocker“ bestellt und nicht bezahlt. AK-Konsumentenberater Matthias Konzett warnt: „Hier handelt es sich offensichtlich um einen Abzocke-Versuch. Überweisen Sie keinesfalls Geld und ignorieren Sie das Schreiben.“

EU will Girokonto für alle ermöglichen

Jeder Europäer soll das Recht auf ein Girokonto bekommen, das hat die EU-Kommission vorgeschlagen. Rund 25 Millionen Menschen können derzeit kein Bankkonto eröffnen, obwohl sie es möchten. Ohne Konto erhalten viele keinen Miet- oder Arbeitsvertrag. Das soll sich nun ändern. Die Pläne sollen nicht nur für EU-Bürger gelten, sondern für jeden mit Wohnsitz in einem der 27 Mitgliedsstaaten der EU. Außerdem sollen die Banken künftig ihren Kunden eine Übersicht über die angefallenen Gebühren geben. Auch Gebührenübersichten sollen die Banken erstellen, um den Vergleich der verschiedenen Banken und deren Angebote zu erleichtern.

Deklaration gefärbter Oliven gefordert

Die AK Oberösterreich kritisiert die ungenügende Deklaration von gefärbten Oliven. Insgesamt elf Produkte hat die AK im Handel gefunden, die nachgeschwärzt und nicht als solche deklariert wurden. Für eine maschinelle Entkernung sind schwarze Oliven meist zu weich. Außerdem sind Ernte und Transport wesentlich aufwändiger und verlustreicher als bei unreifen Früchten. Konsumentenschützer fordern nun eine eindeutige Deklaration gefärbter Oliven. Derzeit finden Konsumenten nur in der Zutatenliste einen Hinweis. Bezeichnungen wie Eisen-II-Cluconat (E 579) oder Eisen-II-Lactat (E 585) deuten auf eine künstliche Färbung hin.

Urteil: Neun Klauseln von „yesss!“ gesetzwidrig

Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) klagte die „yesss! Telekommunikation GmbH“ wegen zahlreicher rechtswidriger Klauseln in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen wie die Regelungen über einseitige Vertragsänderungen oder intransparente Preise. Das Oberlandesgericht Wien (OLG) erklärte neun von elf Klauseln als unzulässig. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Falsches Inkassobüro kein Schufa-Partner

Erneut erhalten Konsumenten Post eines falschen Inkassobüros. Dieses Mal von der Firma „A. Wolf Stehle Inkasso“, einem angeblichen Vertragspartner der Schufa (Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung). In dem Mahnschreiben werden Betroffene aufgefordert, 90 Euro mittels Einwurfschreiben an eine Adresse in der Türkei zu senden. Das Inkassobüro droht den Empfängern mit einem gerichtlichen Mahnverfahren und der Zwangsvollstreckung durch einen Gerichtsvollzieher sowie Pfändung von Arbeitslohn, Rente oder Lebensversicherung. AK-Konsumentenberaterin Sandra Leichte mahnt: „Lassen Sie sich nicht einschüchtern.“

Elektrische Zahnbürsten: Keine Erleichterung für Putzmuffel

Gut und günstig putzen – Zahnbürsten im VKI-Test

Ein Test des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) zeigt: Auf den Preis als Qualitätskriterium bei elektrischen Zahnbürsten ist kein Verlass.

Im aktuellen Test sind neun Produkte vertreten. Sie unterscheiden sich grundsätzlich dadurch, dass sie per Akku oder per Batterie betrieben werden. Das hat Auswirkungen auf den Preis. Das günstigste und mit „gut“ bewertete Batterieprodukt (Sensident von Müller) kostet 8,95 Euro. Die preiswerteste und sehr gute Akkubürste von Braun, der Testsieger Vitality Precision Clean, ist für 29,99 Euro auf dem Markt.

Rotierend oder schwingend?
Um zu einem echten Preisvergleich zu kommen, müssen allerdings auch die Folgekosten berücksichtigt werden: Neben den Batterien sind hier die Bürsten zu nennen. Im Durchschnitt kommt eine Oral-B-Bürste auf 6 Euro, die Ersatzbürste der Müller-Zahnbürste kostet 2,70 Euro. Auch bei der Technologie gibt es Unterschiede. Hier konkurrieren oszillierend-rotierende Rundkopfbürsten und Schallzahnbürsten mit länglichem Kopf um die Gunst der Konsumenten. Die Rundkopfbürste schwingt mit einer Frequenz von bis zu 73 Hertz (8800 Seitwärtsbewegungen pro Minute) und einem Rotationswinkel von etwa 50 bis 70 Grad. Ein Sonderfall im Test ist die Braun Oral-B TriZone 5000, die abwechselnd mit feststehenden und seitwärts schwingenden sowie pulsierenden Borstenreihen ausgestattet ist. Der längliche Bürstenkopf der Schall- oder Sonic-Zahnbürsten schwingt dagegen in einer Frequenz von 250 bis etwa 350 Hertz. Das sind ungefähr 30.000 bis 42.000 Bewegungen pro Minute.

Es ist aber nicht der Schalldruck, der die Zähne reinigt, sondern es sind die Vibrationen der Borsten. Verwechselt wird die Schallzahnbürste häufig mit der noch schneller vibrierenden Ultraschallzahnbürste. Vorteile für die Reinigungsleistung ergeben sich damit jedoch nicht, diese Modelle konnten sich denn auch noch nicht am Markt durchsetzen. Empfehlenswert sind Schallzahnbürsten allerdings für jene, die es mit dem Zähneputzen nicht so genau nehmen.

Keine Erleichterung für Putzmuffel
Um mit den kleinen, runden Köpfen der normalen Geräte eine optimale Reinigungsleistung zu erzielen, bedarf es einer sorgfältigen Handhabung. Jeder einzelne Zahn muss damit „bearbeitet“ werden. Wer sich nicht so viel Mühe gibt, ist mit dem länglichen Bürstenkopf der Schallzahnbürste besser bedient, da damit in der gleichen Zeit eine größere Fläche erreicht werden kann. Allerdings gilt auch hier: Die beste Bürste kann ihre Qualitäten nicht entfalten, wenn sie nicht korrekt benutzt wird. Einmal nur kurz an den Zähnen entlangzufahren, hilft wenig. Tipp: Putzmuffel sollten deshalb lieber auf Geräte zurückgreifen, die die Mindestputzzeit mit einem akustischen Signal anzeigen. Und egal, welche Bürste man verwendet, die Zahnzwischenräume erreicht sie nicht. Für eine komplette Reinigung dürfen Zahnseide oder Interdentalbürste nicht fehlen.

Der Testsieger: Die Akkuzahnbürste Vitality Precision von Braun Oral-B.

Detaillierte Testergebnisse: www.konsument.at/zahnbuersten 201305 (kostenpflichtig)

Testergebnisse Elektrische Zahnbürsten (bei gleicher Punktezahl Reihung alphabetisch)

Marke	Type	Richtpreis in €	Mittlerer Preis für eine Ersatzbürste in €[1]	Testurteil: Erreichte von 100 Prozentpunkten	Zahnreinigung 60 %	Handhabung 30 %	Putzen (U.A. Handlichkeit, schwer erreichbare Stellen, Geräusch)	Bedienungsanleitung	Reinigung des Geräts	Stand- Und Liegefestigkeit	Betriebszeit mit einer Batterie-/Akkuladung	Betriebszeit mit einer Batterie-/Akkuladung In Min	Haltbarkeit/Umwelteigenschaften 10 %	Dauerprüfung	Stromverbrauch Akkugeräte	Stromverbrauch Batteriegeräte
Akkuzahnbürsten																
Braun Oral-B	Vitality Precision Clean	29,99	6,–	sehr gut (80)	++	+	+	+	o	o	o	34	++	++	++	entf.
Philips	Sonicare Diamond Clean	199,–	6,25	gut (78)	++	+	+	+	+	+	++	108	++	++	++	entf.
Curaprox	Hydrosonic Dental Care Set CHS100	120,–	4,99	gut (76)	++	+	+	+	+	+	+	47	++	++	+	entf.
edel + white	Sonic Generation Hydro Active Class	109,–	4,95	durchschnittlich (52)	o[2]	+	o	+	+	+	+	63	++	++	+	entf.
Braun Oral-B	TriZone 5000	199,–	7,–	durchschnittlich (48)	o[2]	+	o	+	o	o	+	61	++	++	++	entf.
Sanitas	Schallzahnbürste SZA80	49,99	3,–	weniger zufriedenstellend (32)	–[2]	+	+	o	o	+	+	84	++	++	+	entf.
Grundig	Schall-Zahnbürste TB8030	49,99	2,50	nicht zufriedenstellend (10)	–	+	+	+	o	+	++	122	– –[2]	– –	+	entf.
Batteriezahnbürsten																
Müller/Sensident	Batterie-Zahnbürste Expert	8,95	2,70	gut (62)	+	o	o	+	o	o	++	320	o	++	entf.	o
dm/Dontodent	Batterie	7,95	2,90	weniger zufriedenstellend (24)	–[2]	o	o	o	o	o	++	496	+	++	entf.	o

Zeichenerklärung: • = ja o = nein entf. = entfällt [1]) berechnet bei kleinster Packungsgröße [2]) führt zur Abwertung
Beurteilungsnoten: sehr gut (++), gut (+), durchschnittlich (o), weniger zufriedenstellend (–), nicht zufriedenstellend (– –) Prozentangaben = Anteil am Endurteil Preise: Februar 2013

Eine bekannte Mogelpackung: Die täuschenden Tiegel der Schönheitscremes

Verpackung 2,5 Mal größer als der Inhalt

Unsere Mogelpackung des Monats: Die Balea Beauty Effect 24h-Pflege von „dm“. Das Volumen des Tiegels verspricht rund 120 Milliliter Creme. Tatsächlich enthalten sind aber nur 50 Milliliter.

Es gibt Cremes für ein strafferes Erscheinungsbild der Haut, mit Q10 und Sonnenschutz, extra viel Feuchtigkeit sowie ganz vielen Vitaminen. Vieles versprechen die Hersteller und jede Frau schwört auf eine andere Marke. Nicht selten zahlt sie dafür auch einen stattlichen Preis. Doch ist die Enttäuschung groß, wenn in dem Tiegel weniger Inhalt ist, als er optisch verspricht. So auch bei der Balea Beauty Effect 24h-Pflege von „dm“. Frau M. hat den Fall bei der AKtion gemeldet. Wir fragten natürlich beim Hersteller nach, warum in dem großen Tiegel nur so wenig Creme enthalten ist und bekamen rasch eine Antwort von der „dm drogerie markt GmbH“:

„Beim besagten Produkt handelt es sich um keine ‚Mogelpackung‘, sondern um einen Standardtiegel, der dem Eichgesetz entspricht. Dieses besagt, dass das Volumen einer Verpackung mit 25 bis 50 Gramm Inhalt nicht größer als das 2,5-fache des Inhalts sein darf. Die Balea Beauty Effect 24h-Pflege enthält 50 Milliliter (das sind 50 Gramm) Creme, der Tiegel hat ein Außenvolumen von circa 120 Milliliter, also weniger als das 2,5-fache von 50 Milliliter. Der Tiegel hat zwar dicke Wände, was aber beabsichtigt ist – da es sich um ein hochwertiges Produkt handelt und nicht zu ‚billig‘ wirken sollte.“

Was das Eichamt dazu sagt
Da uns die erwähnte Verordnung – dass das Volumen einer Verpackung nicht größer sein darf, als das 2,5-fache des Inhalts – nicht bekannt ist, haben wir beim Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (BEV) nachgefragt. Doch auch dort kennt man diese Bestimmung nicht, wie Ing. Thomas Lechthaler, Leiter der Eichämter Innsbruck und Bregenz, informiert: „Es kann sein, dass es die Bestimmung in anderen Ländern gibt, in Österreich ist diese Bestimmung in der Fertigpackungsverordnung nicht vorgesehen.“

50 Milliliter Creme enthält der Tiegel von Balea Beauty Effect 24h-Pflege von „dm“. Optisch verspricht der Tiegel mehr Inhalt.

Tatsächlich orientiert sich „dm“ an den bundesdeutschen Normen, wobei, wie das Unternehmen anmerkt, „in den westlichen Demokratien, grundsätzlich erlaubt ist, was nicht verboten ist.“

Verordnungen notwendig
Wir finden: Eine Verpackung, die bis zu 2,5 Mal größer ist, als ihr Inhalt, spiegelt den Konsumenten falsche Tatsachen vor und ist daher eine Mogelpackung. Aus diesem Grund benötigt es in Österreich auch endlich entsprechende Verordnungen. Viel zu oft werden Konsumenten mit großzügigen Verpackungen hinters Licht geführt.

Mogelpackung entdeckt?

Die AKtion veröffentlicht in jeder Ausgabe die „Mogelpackung des Monats“. Helfen Sie mit, die Tricks der Hersteller aufzudecken: Schicken Sie ein Beweisfoto und eine kurze Beschreibung an AK Vorarlberg, Redaktion AKtion, Stichwort: Mogelpackung, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch oder gern auch per E-Mail an: leserbrief@ak-vorarlberg.at

In der Sonne liegen und die Freizeit genießen? – Nicht immer läuft im Urlaub alles nach Plan. Mit den Tipps der AK Vorarlberg sind Sie für den Ernstfall gerüstet.

Traumurlaub fällt ins Wasser? Bestehen Sie auf Ihr Recht!

Der Fluglotsenstreik, die Baustelle neben dem Hotel – so einiges kann uns den Urlaub verderben. Birgit Pleikner von der AK-Konsumentenberatung informiert Sie hier über Ihre Rechte und Möglichkeiten im Ernstfall.

Ein Rat von AK-Konsumentenberaterin Birgit Pleikner: „Informieren Sie sich im Voraus über Ihre Rechte, damit Sie für den Ernstfall gerüstet sind."

Überbucht, annulliert, verspätet
Ist ein Flug überbucht oder wird er gestrichen, haben Sie das Recht auf:
• die Rückerstattung des Preises für den nicht konsumierten Teil der Reise oder des gesamten Ticketpreises. Ein Anspruch auf bereits zurückgelegte Reiseabschnitte besteht nur, wenn der Flug in Hinblick auf den ursprünglichen Reiseplan zwecklos geworden ist.
• eine schnellstmögliche anderweitige Beförderung zum Ziel
• eine Umbuchung auf einen für Sie geeigneten späteren Zeitpunkt
Außerdem steht Ihnen eine Entschädigung zu: Bei Flügen bis 1500 Kilometer bekommen Sie 250 Euro, bei Flügen von 1500 bis 3500 Kilometer 400 Euro und bei Flügen über 3500 Kilometer 600 Euro. Die Verordnung gilt für alle Fluggäste, die auf Flughäfen im Gebiet eines EU-Mitgliedstaats einen Flug antreten beziehungsweise von einem Flughafen in einem Drittstaat mit einer Fluglinie mit Sitz in der EU in das EU-Gebiet fliegen. „Die Ausgleichsleistung kann um 50 Prozent gekürzt werden, wenn sich der Passagier für die anderweitige Beförderung entscheidet und diese innerhalb bestimmter Fristen erfolgt", ergänzt Birgit Pleikner. Auch bei relevanten Verspätungen haben Sie Anspruch auf eine Entschädigung.

„Natürlich haben Sie auch ein Anrecht auf Mahlzeiten und Erfrischungen abhängig von der Wartezeit", erläutert die Konsumentenberaterin: „Wenn notwendig steht Ihnen auch eine Übernachtung in einem Hotel zu sowie zwei Telefonate, E-Mails oder Faxe." Bei einer Verspätung von mehr als fünf Stunden haben die Fluggäste das Recht, vom Vertrag zurückzutreten und den vollständigen Flugpreis zurückzuverlangen.

Achtung: Die Airline hat keine Entschädigung zu leisten, wenn die Annullierung rechtzeitig bekannt gegeben wird und wenn die Verspätung oder die Annullierung des Fluges durch außergewöhnliche Umstände verursacht wurde, die sich mit zumutbaren Mitteln nicht vermeiden lassen.

Urlaub im Schmuddelhotel
Entspricht die Realität nicht den Versprechungen aus dem Urlaubsprospekt? Das geht natürlich nicht. „Es gilt der Grundsatz der Prospektwahrheit. Der Urlauber hat also Anspruch auf die Leistungen entsprechend den Beschreibungen im Katalog", betont die Konsumentenberaterin. Der Reiseveranstalter hat für Mängel einzustehen, unabhängig davon, ob ihn ein Verschulden trifft oder nicht. Unser Rat:
• Nehmen Sie den Katalog mit der Leistungsbeschreibung oder einen Ausdruck der Internetseite mit.
• Verlangen Sie vor Ort eine Verbesserung der Mängel.
• Wird eine Verbesserung abgelehnt, dokumentieren Sie die Mängel.
• Verlangen Sie eine schriftliche Bestätigung, dass die Mängel gerügt wurden.
• Lassen Sie sich Namen und Adressen von anderen Urlaubern geben, die die Mängel bestätigen können.
• Heben Sie die Belege für Kosten eigener Verbesserungsbemühungen auf.

„Zurück aus dem Urlaub sollten Sie die Mängel umgehend beim Reiseveranstalter – am besten schriftlich per Einschreiben – reklamieren. Sie haben Anspruch auf eine Abgeltung in bar, nicht in Form eines Gutscheins", empfiehlt Birgit Pleikner. Zur Orientierung, in welcher Höhe sie Preisminderungsansprüche geltend machen können, dient die Frankfurter-Liste.

Urlaubsanspruch

Jeder Arbeitnehmer bekommt fünf Wochen bezahlten Urlaub pro Arbeitsjahr. Das sind 30 Werktage beziehungsweise 25 Arbeitstage (5-Tage-Woche). In den ersten sechs Arbeitsmonaten wächst der Anspruch im Verhältnis zu jener Zeit, die der Arbeitnehmer im Betrieb ist. Ab dem siebten Monat besteht Anspruch auf den gesamten Jahresurlaub. Der Urlaub verjährt zwei Jahre nach dem Jahr, in dem er entstanden ist. Wenn also der Urlaub am 1. Jänner 2011 entstanden ist haben Sie 2011, 2012 und 2013 Zeit, um den Urlaub zu verbrauchen. Achtung: Der Urlaub muss immer – am besten schriftlich – mit dem Arbeitgeber vereinbart werden. Es genügt nicht, den Urlaub nur einzutragen. Wurde der Urlaub einmal bewilligt, kann er nicht gestrichen werden Eine Verlängerung ist ebenfalls nur nach Vereinbarung möglich. Sollte der Arbeitnehmer nicht rechtzeitig zurück zur Arbeit schaffen, ist der Arbeitgeber so rasch als möglich zu informieren.

Infos zum Urlaubsanspruch: AK-Arbeitsrecht, Telefon 050/258-2000 oder arbeitsrecht@ak-vorarlberg.at

Neue Service-App für Urlauber

Eine Service-App für Reisende bietet neu das Bundesministerium für europäische und Internationale Angelegenheiten: die Auslandsservice-App. Damit können Sie sich schon vor Reiseantritt über das Urlaubsland Informieren. Die App enthält nützliche Informationen für Notfälle wie Passverlust, Unfall und Krankheit, finanzielle Hilfe, Reisewarnungen und vieles mehr. Da die Nutzung dieser Anwendung im Ausland Roaminggebühren verursacht, raten die Hersteller sowie die AK-Konsumentenberater, das Internet am Handy auszuschalten. Die App funktioniert übrigens auch offline.

Auslandsservice-App: www.auslandsservice.at

Ist Ihr Reisepass noch gültig?

Wenn nicht: Beantragen Sie frühzeitig einen neuen Reisepass. Sollten Sie zu spät dran sein, können Sie den teureren Expresspass beantragen. Auch der Personalausweis wird in vielen Ländern Europas als Reisedokument akzeptiert. Darunter: Italien, Spanien, Slowenien, Kroatien, Tschechien, Ungarn, Deutschland und die Schweiz. Achtung: Seit 15. Juni 2012 müssen auch Kinder einen eigenen Reisepass haben. Kindereintragungen im Pass der Eltern haben ihre Gültigkeit verloren. Klären Sie auch rechtzeitig ab, ob Sie für das Urlaubsland die Beantragung eines Visums notwendig ist.

Vorsicht vor Roamingkosten

Surfen im ausländischen Internet kann teuer kommen. Zwar sind Sie durch die Roamingsperre vor Horrorrechnungen geschützt, doch das Limit von 60 Euro ist schnell erreicht. AK-Konsumentenberaterin Sandra Leichte empfiehlt daher: „Nutzen Sie das Internet im Hotel oder Hotspots von Internetcafés." Beim Surfen via Handy rät die Konsumentenberaterin zu besonderer Vorsicht: „Schalten Sie am besten das Internet (zum Beispiel unter Mobile Daten oder Datenpaket) ganz ab. So kann sich keine Anwendung heimlich ins ausländische Netz einwählen." Zudem rät Sandra Leichte, die Mailbox abzustellen auch sie kann Roamingkosten verursachen. Wollen Sie ihre Lieben zu Hause grüßen, senden Sie eine kurze SMS. Dabei fallen weniger Gebühren an, als bei einem Telefonat. Außerdem: Sie haben Urlaub. Also genießen Sie die Zeit und schalten Sie das Telefon am besten aus.

Gut versichert in den Urlaub

Prophylaxe für den Ernstfall im Ausland

Kaum entspannt man sich in der Sonne, kratzt es im Hals, juckt es in der Nase und zwickt es im Bauch. Doch was können beziehungsweise müssen Sie tun, wenn Sie im Urlaub krank werden?

Besonders unangenehm ist es, wenn man im Ausland krank wird. Dann gilt folgendes:
• In der EU, der Schweiz, Liechtenstein, Island, Mazedonien und Norwegen gilt die Europäische Krankenversicherungskarte (EKVK). Diese befindet sich auf der Rückseite der E-Card. Bitte kontrollieren Sie vor der Abreise, ob die EKVK gültig ist.
• Für Bosnien, Kroatien, Montenegro, Serbien und die Türkei bekommen Sie von Ihrer Krankenkasse einen Betreuungsschein. Diesen müssen Sie im Urlaubsort beim dortigen Sozialversicherungsträger gegen einen Krankenschein umtauschen. Dann können Sie zum Arzt gehen.
• In allen anderen Ländern müssen Sie die Behandlungskosten erst selbst bezahlen. Die Kosten können Sie im Normalfall von der Krankenkasse zurückfordern. Allerdings werden die Behandlungskosten nach dem österreichischen Tarifsystem abgerechnet. Es kann also sein, dass Sie nicht den gesamten Betrag zurückerstattet bekommen.

Es ist auf jeden Fall ratsam, sich vor Antritt der Reise seine Unfall- beziehungsweise Krankenversicherung anzusehen und gegebenenfalls eine zusätzliche Reiseversicherung abzuschließen.

Auch im Urlaub können Sie krank werden – sorgen Sie vor!

Denn: Die EKVK deckt nur die medizinisch notwendigen Leistungen ab. Zusätzliche Kosten wie Bergung oder Rücktransport sind nicht enthalten.

Keine Urlaubstage verlieren
Im Urlaub krank werden heißt aber nicht, dass Sie diese Urlaubstage verlieren. Wenn die Krankheit länger als drei Tage dauert und nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt wurde, müssen Sie die Erkrankung unverzüglich Ihrem Arbeitgeber mitteilen. Dann befinden Sie sich im Krankenstand und verlieren keine Urlaubstage. Bei Wiederantritt der Arbeit, müssen Sie natürlich eine Krankenstandsbestätigung vorlegen.

Computer-Tipp

Converseen

Oliver Fink

Converseen ist ein OpenSource Bildkonvertierungsprogramm. Mit diesem Programm können Sie eine unlimitierte Anzahl von Bildern mit einem Klick in ein anderes Bildformat ändern oder die Bildgröße- beziehungsweise drehung anpassen. Dank der „Magic++ image libraries“ unterstützt Converseen über 100 Bildformate wie zum Beispiel DPX, EXR, GIF, JPEG, JPEG-2000, PhotoCD, PNG, Postscript, SVG, TIFF und viele andere mehr. Nach dem Download und der Installation des Programms können Sie die Sprache im Menü „Datei/Einstellungen“ auf Deutsch umstellen. Danach können Sie per Drag and Drop die Bilddateien in das Programm legen, die gewünschte Konvertierung oder Größenänderung angeben und den Zielordner festlegen. Nach einem Klick auf „Konvertieren“ werden alle ausgewählten Bilder in das neue Format übertragen.

Download: http://converseen.sourceforge.net

Einführung in den digitalen Filmschnitt

Der Kurs richtet sich an Hobby-Filmemacher, die sich näher mit Themen wie Filmschnitt, Erstellung von DVD-Filmmenüs, Filmtiteln und -abspännen, Animationen oder spannenden Filmeffekten beschäftigen wollen. Auch der Up- und Download auf oder von Filmportalen wie etwa Youtube wird erläutert, ebenso das Brennen von Video-DVDs sowie das Überspielen der fertigen Clips auf Computer, Smartphone, Handy, iPod, iPhone oder Sony PSP. Der Kurs beginnt am 11. Juni im AK-Bildungscenter in Feldkirch.

EDV: Regina Knecht, 050/258-4030 regina.knecht@ak-vorarlberg.at

Benvenuti in Italia – Schnupperkurs

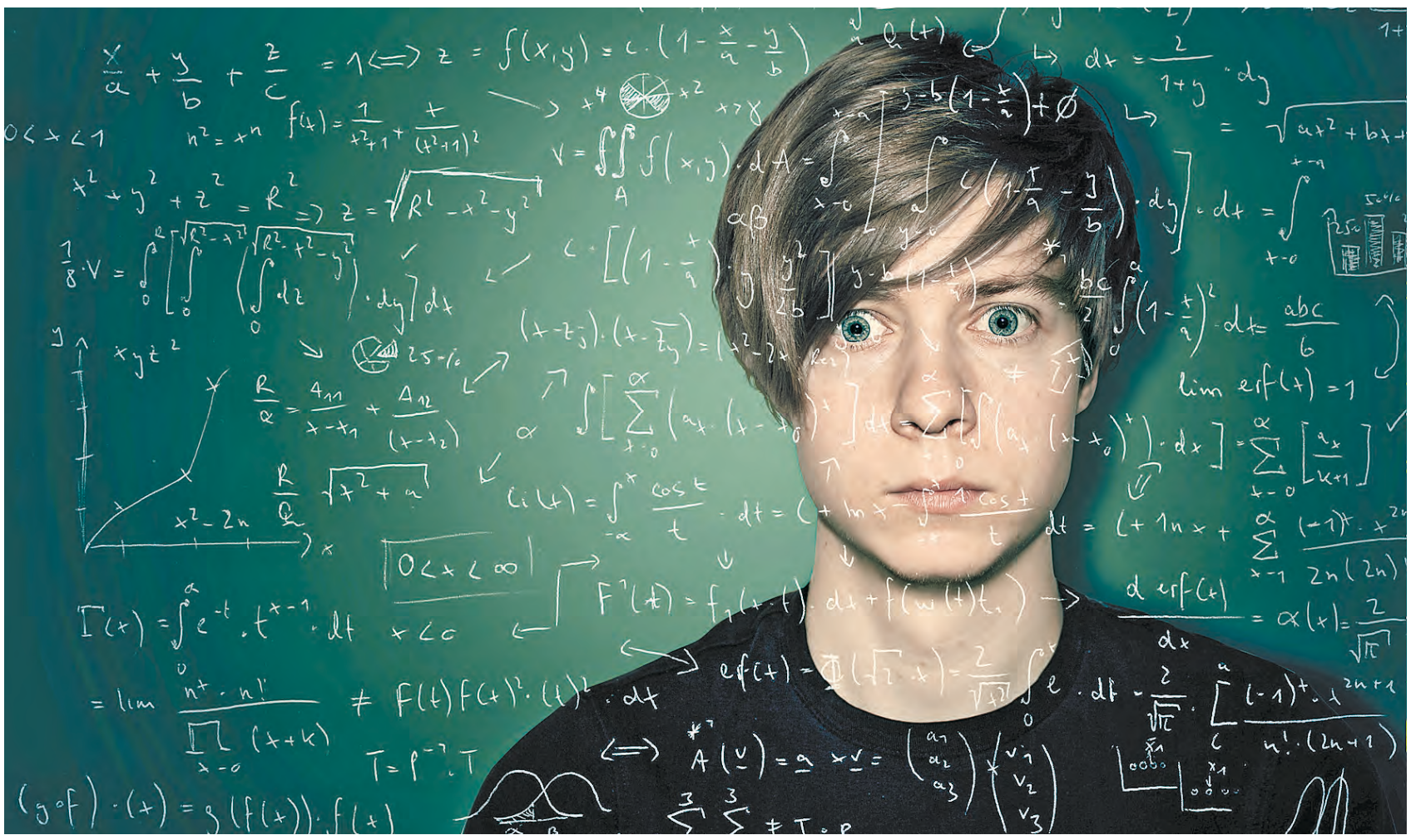
Sie wollen in Ihrem Italien-Urlaub nicht völlig sprachlos sein? Von der ersten Fahrt mit dem Taxi, dem Einchecken im Hotel, der Bestellung in einem Ristorante bis hin zum Shopping – darum geht es in diesem Kurs. Außerdem erhalten Sie interessante Informationen zum italienischen Lebensstil. Der Kurs findet sowohl am Nachmittag als auch am Abend statt und beginnt am 24. Juni im AK-Bildungscenter.

Sprachen: Angelika Madlener, 050/258-4034, angelika.madlener@ak-vorarlberg.at

English – Summer Refresher Course

Perfektionieren Sie mit uns Ihre Englischkenntnisse! Sie haben Englisch bereits auf gutem Niveau gesprochen, haben nun aber das Gefühl, dass Ihre Kenntnisse „eingerostet“ sind. Wir bringen Sie mit aktiven Übungen, aktuellen Texten sowie Grammatik- und Rollenspielen wieder auf Ihr bereits vorhandenes Niveau. Nützen Sie die Ferienstimmung, die Kraft der Sonnenstrahlen und die spezielle Atmosphäre unserer Sommerkurse! Der Kurs beginnt am 22. Juli im AK-Bildungscenter in Feldkirch.

Sprachen: Angelika Madlener, 050/258-4034, angelika.madlener@ak-vorarlberg.at



Fragezeichen haben Schüler besonders bei Mathe im Kopf, dort wird am meisten Nachhilfe (60 Prozent) benötigt. Gefolgt von Fremdsprachen und Deutsch (45 und 17 Prozent).

Nachhilfe: Vorarlberger Eltern investieren 4,7 Millionen Euro

Der Nachhilfebedarf ist auch im Jahr 2013 in Vorarlberg nicht verringert worden, mehr als ein Drittel der Eltern fühlen sich dadurch finanziell stark oder spürbar belastet. Besonders beachtenswert: Schon in der Volksschule ist bezahlte Förderung nötig und wird teilweise sogar von der Schule nahegelegt.

Im April befragte das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) Eltern über ihre finanzielle Belastung und das Ausmaß der Problematik durch privat finanzierte Nachhilfe. Fazit: Es ist nicht schlimmer geworden.

„Wir lassen diese Studie nun schon seit einigen Jahren durchführen“, sagt Gerhard Ouschan, Bereichsleiter der AK-Bildungspolitik, „grundlegende Verbesserungen stellen wir aber leider nicht fest. Vielmehr sticht jedes Jahr wieder eine neue Tatsache negativ ins Auge“.

Nachhilfe schon in der Volksschule

So sei schon in der Volksschule bezahlte Nachhilfe nötig und führe bundesweit zu einer durchschnittlichen finanziellen Belastung von 547 Euro für betroffene Haushalte. „Durch gezielte Förderung im Kindergarten könnte man die Kosten für Nachhilfe in der Volksschule sicher eindämmen. Dazu braucht es aber top ausgebildete Kindergartenpädagoginnen. Bei der anstehenden Reform der Lehrerausbildung wurde diese Berufsgruppe sehr stiefmütterlich behandelt. Obwohl der Politik die Wichtigkeit der Frühpädagogik bewusst ist, wird diese offensichtlich nur als Option gesehen. Hier wird an der falschen Stelle gespart“, so Ouschan.

Durchschnittlich 670 Euro

Zum Zeitpunkt der Befragung hatten Eltern schon rund 4,7 Millionen Euro für Förderunterricht ausgegeben. Die durchschnittlichen Kosten pro betroffenem Haushalt belaufen sich auf 670 Euro, im Vorjahr waren es noch 735 Euro. Nur in Wien wird noch mehr für Nachhilfe ausgegeben als in Vorarlberg. Österreichweit rechnen die Meinungsforscher mit Kosten von knapp 118 Millionen Euro.

In der Befragung sticht auch wieder heraus, dass Haushalte mit einem höheren Einkommen eher bezahlte Nachhilfe in Anspruch nehmen als solche mit einem geringeren. Bei einem monatlichen Netto-Haushaltseinkommen bis zu 1600 Euro gaben zehn Prozent Geld für Nachhilfe aus, vor zwei Jahren waren es noch 16 Prozent. Bei 2500 Euro netto sind es doppelt soviele Eltern, die in Förderunterricht für ihre Sprösslinge investieren, also 20 Prozent. Jeder Dritte fühlt sich durch die Kosten für privat finanzierten Förderunterricht sehr stark beziehungsweise spürbar belastet.

„Es hat nichts mit Bildungsgerechtigkeit zu tun, wenn Kinder aus Familien mit weniger Einkommen keine Nachhilfe in Anspruch nehmen können und damit in ihrer Bildungsentwicklung gehemmt werden. Zudem muss man sich schon auch fragen, weshalb so viel privat finanzierter Förderunterricht nötig ist“, merkt Ouschan an.

„Es kann nicht sein, dass der Schulerfolg vom sozialen Status und den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängt.“

Gerhard Ouschan, Bereichsleiter AK-Bildungspolitik

Auf der Wunschliste der Eltern stehe an erster Stelle, dass Lehrer den Unterricht so gestalten, dass die Kinder den Lehrstoff auch wirklich verstehen. „Neun von zehn Eltern sagen damit indirekt, dass die Schule den Stoff nicht ausreichend vermittelt. Lehrer müssen den Unterricht mit den Augen der Kinder sehen. Sie müssen sich in die Schüler hineinversetzen. Sie sollten wissen, warum es diesen schwerfällt, Dinge zu verstehen“, merkt Gerhard Ouschan an.

Am häufigsten durch Lehrer

Fast zur Hälfte wird private Nachhilfe von Lehrern erteilt (43 Prozent), etwa jede dritte Nachhilfestunde wird von Nachhilfe-Instituten gehalten, Studenten sind an jeder fünften Einheit beteiligt. Am meisten Förderbedarf ist bei Mathematik (60 Prozent), Fremdsprachen (45 Prozent) und Deutsch (17 Prozent).

„Der Bedarf an Nachhilfe ist nicht gesunken, deshalb müssen sich sowohl Bildungspolitiker als auch die Schule kritisch mit sich selbst und der Situation auseinandersetzen. Zumindest müssen verschränkte ganztägige Modelle vom Kindergarten bis zur Oberstufe angeboten werden. Damit erhalten Kinder aus finanziell schlechter gestellten und bildungsfernen Familien eine echte Chance. Alles andere sind nur Lippenbekenntnisse“, so Gerhard Ouschan abschließend.

Vortrag: Professor Frank Lipowsky beleuchtet die Hattie-Studie und setzt sich differenziert mit deren Befunden auseinander

„Erfolgreich lernen - was wirklich wirkt“

Wenige Studien haben eine so breite Aufmerksamkeit in der Bildungsszene erfahren wie die Hattie-Studie. Professor Lipowsky erklärt die Inhalte und welche Ableitungen für die Bildungslandschaft im deutschsprachigen Raum zulässig sind.

Frank Lipowsky ist Erziehungswissenschaftler mit dem Schwerpunkt empirische Schul- und Unterrichtsforschung an der Uni Kassel. In seinem Vortrag am 13. September im Festsaal der AK Vorarlberg in Feldkirch gibt er Antworten auf brennende Fragen, die sich aus den Ergebnissen der Studie von John Hattie (siehe Buchtipp auf Seite 11) ergeben und welche Schlussfolgerungen zulässig sind. Der Eintritt ist frei. Um Anmeldung wird gebeten.

Anmeldung und Info: Gabi Pietsch-Veit, gabriela.pietsch-veit@ak-vorarlberg.at, Telefon 050/258-4026

Die Hattie-Studie präsentiert nicht nur neue Antworten, sie wirft auch Fragen auf. Der Vortrag von Professor Frank Lipowsky soll die Bewertung der Ergebnisse leichter machen.

Ganz im Zeichen künstlerischer Entfaltung und Vorbereitung auf das neue Schuljahr stehen die Angebote des AK-Bildungscenters während der Sommerferien

Lernen mit viel Spaß: AK-summer jam

Ein umfangreiches Programm bietet das AK-Bildungscenter allen Kindern und Jugendlichen zu Beginn und am Ende der Sommerferien. In sieben verschiedenen Modulen ist vom Körpertraining über einen coolen Rap-Workshop bis zur Vorbereitung auf das neue Schuljahr alles im Programm.

Mit dem AK-summer jam soll nicht nur Wissen vermittelt werden, Kindern und Jugendlichen wird auch ein neuer Zugang zu Körperbewusstsein und Entspannung gegeben.

Völlig neu aufgestellt präsentiert sich der AK-summer jam mit einer einzigartigen Zusammenstellung. Ob Bewegung, Kreativität, Rap, Sprachvertiefung oder Schulvorbereitung, für die Zielgruppe der 6- bis 14-Jährigen ist ein breiter Mix an Themen zusammengestellt worden. Dabei lag das Hauptaugenmerk nicht auf purer Wissensvermittlung, es wurde auch großer Wert auf Persönlichkeitsbildung und Körperbewusstsein gelegt.

Kreativität im Vordergrund

Es beginnt Anfang bis Mitte Juli mit der „Woche der Bewegung", die helfen soll zu entspannen oder Ärger und Aggressionen beziehungsweise Konzentrationsschwierigkeiten abzubauen. Dabei kommen Selbstverteidigungstechniken wie Tao Kung Fu genauso zum Einsatz wie Yoga, um ein neues und selbstbewusstes Körpergefühl zu entwickeln.

In der „Kreativwoche" werden 10- bis 14-Jährige mit verschiedenen Techniken und Materialien bekannt gemacht. Die Jugendlichen besuchen eine Kunstausstellung, modellieren mit Ton, gießen Gipsfiguren und können sich musikalisch entfalten – alles, was gefällt, ist erlaubt.

Ausschließlich musikalisch geht es im „Rapworkshop" zu. Eigene Texte und Reime werden erarbeitet, am Ende präsentiert, aufgenommen und auf CD gebrannt. Der 19-jährige Workshopleiter gewährt einen Einblick in die Rapkultur, erklärt Fachbegriffe, gibt Tipps und hilft beim Finden des persönlichen Stils.

Schulvorbereitung

Ende August und Anfang September steht alles im Zeichen des Schulbeginns. Im Sprachbereich werden mit „English for small kids" und „English for big kids" zwei maßgeschneiderte Module für 6- bis 10-Jährige und 10- bis 14-Jährige angeboten. Dabei wird in der Schule Gelerntes neu erlebt und damit altersgerecht vertieft.

Der „End of summer jam" steht ganz im Zeichen der Vorbereitung auf das neue Schuljahr. Insbesondere EDV-Themen stehen im Mittelpunkt. Die Erstellung einer eigenen Homepage, richtig googeln oder Bildbearbeitung bilden die Basis, es wird aber auch Körperarbeit trainiert.

Mit Tai-Chi-Chuan sollen Möglichkeiten an die Hand gegeben werden, die Konzentration und Koordination zu verbessern, um ein gutes Körpergefühl zu entwickeln. Angeboten wird auch ein kurzer Abstecher ins autogene Training, damit im neuen Schuljahr Stress vermieden werden und auch in schwierigen Situationen ein kühler Kopf bewahrt werden kann.

AK-summer jam

- „Woche der Bewegung", 8. bis 12. Juli, 8 bis 12 Uhr (20 Stunden), 10- bis 14-Jährige, 129 Euro
- „Kreativwoche", 8. bis 12. Juli, 8 bis 12 Uhr (20 Stunden), 10- bis 14-Jährige, 129 Euro
- „Rapworkshop", 15. bis 19. Juli, 8 bis 12 Uhr (20 Stunden), 10- bis 14-Jährige, 115 Euro
- „English for small kids", 26. bis 30. August, 8 bis 12 Uhr (20 Stunden), 6- bis 10-Jährige, 145 Euro
- „English for big kids", 26. bis 30 August, 8 bis 12 Uhr (20 Stunden), 11- bis 14-Jährige, 145 Euro
- „AK-Sommerschule", 2. bis 6. September, 9 bis 17 Uhr (40 Stunden), inklusive Mittagsbetreuung, 4. Klasse Volksschule, 200 Euro.
- „End of summer jam", 2. bis 6. September, 8 bis 12 Uhr (20 Stunden), 11- bis 14-Jährige, 155 Euro

An Schüler, die nach der Volksschule an eine neue Mittelschule oder ins Gymnasium wechseln, richtet sich die „AK-Sommerschule". In abwechslungsreicher und lernfördernder Atmosphäre wird Stoff der Fächer Mathematik, Deutsch, Sachunterricht und Englisch wiederholt und damit der Grundstein für einen erfolgreichen Übertritt geschaffen.

Lebendiger Unterricht

Praxisnah wird zum Beispiel im Wildpark oder auf dem Wochenmarkt gerechnet, kommuniziert und dabei fächerübergreifend näher-gebracht, auf was es wirklich ankommt. So werden Kochrezepte zu mathematischen Herausforderungen und eine Exkursion in die mittelalterliche Schattenburg zur lebendigen Unterrichtseinheit in Geschichte. Lernen kann Spaß machen, das ist die Kernbotschaft aller Angebote des „AK-summer jam".

Anmeldung und Information: Regina Knecht, 050/258-4030 regina.knecht@ak-vorarlberg.at und Angelika Madlener, 050/258-4034,angelika.madlener@ak-vorarlberg.at

„Buch am Bach" geht in die zweite Runde

Die zweite Kinder- und Jugendbuchmesse „Buch am Bach" findet vom 25. bis 27. Juni in der Götzner Kulturbühne AMBACH statt. Es wird eine große Auswahl von Comics und japanischen Mangas präsentiert. In einem Workshop mit dem professionellen Zeichner Paul Eckschlager können auch eigene Comics entwickelt werden.

Zeichenprofi Paul Eckschlager hilft beim Erstellen eigener Comics.

Aktionswochen für neue Volksschule

Der Landeselternverband führt mit dem Familienverband Vorarlberg die „Elterninitiative Volksschule 2013" durch. In diesem Rahmen finden noch bis 5. Juni verschiedene Stammtische und Diskussionsveranstaltungen statt. Informationen und eine Unterschriftenliste sind im Internet abrufbar.

Infos und Unterschriftenliste: elterninitiative-volksschule.levv.at

Weiterbildung für Frühpädagogik

Am 7. September findet von 9 bis 16 Uhr ein Seminar unter der Leitung von Elke Schlösser ein praxisorientiertes Seminar zu den Grundlagen für die Arbeit mit drei- bis sechsjährigen Kindern statt. Anmeldeschluss ist der 23. August.

Anmeldung und Info: Gabi Pietsch-Veit, gabriela.pietsch-veit@ak-vorarlberg.at, Telefon 050/258-4026

Landesschulinspektorin Karin Engstler im Interview mit der AKtion über Angst, Noten in der Mittelschule und ihre Arbeit

„Nicht immer nach den Fehlern suchen"

Im AK-Bildungsausschuss zu Gast referierte die Landesschulinspektorin der Pflichtschulen, Karin Engstler, über das Benotungssystem der „Neuen Mittelschule". Der AKtion stand sie danach Rede und Antwort.

Wer hat mehr Angst vor Ihnen als Landesschulinspektorin, die Schüler oder die Lehrer?

Karin Engstler: (lächelt) Ich denke, dass niemand Angst vor mir hat. Die Schüler kennen mich eigentlich gar nicht und die Lehrer kennen mich als sachlich orientierte Schulentwicklerin und ehemalige Lehrerin beziehungsweise Direktorin.

Wie muss man sich Ihre Arbeit als Inspektorin vorstellen? Sitzen Sie immer noch in verschiedenen Klassen und stellen dann „unangenehme" Fragen?

Ich bin im Gegensatz zu früher kaum noch im Unterricht oder im Klassenzimmer. Unterrichtsgestaltung ist Aufgabe der Schule selbst. Als Bildungsmanagerin – so die Bezeichnung, die bald eingeführt werden soll – bin ich vielmehr in engem Kontakt mit den Direktoren und Direktorinnen. Sehr viel Zeit investiere ich darauf Netzwerke im Land zu knüpfen mit allem, was Bildung berührt. Schule und Bildung sind ja nicht einseitig zu sehen, da spielen viele Teilbereiche wie etwa die Kultur oder die Wirtschaft mit hinein. Aber auch bundesweit kann ich in vielen Arbeitsgruppen Schulentwicklung mitgestalten.

Die Mittelschule ist als Regelschule im Alltag angekommen, was hat sich außer dem Namen verändert?

Es hat sich sehr viel geändert, es wird im Ansatz individueller auf jedes einzelne Kind eingegangen, so werden sie zum Beispiel nicht mehr in Leistungsgruppen eingeteilt. Es ist ein noch größeres Angebot an Wahlpflichtgegenständen vorhanden und wir hoffen, dass es insgesamt in Richtung einer moderneren Schule geht. Aber solche Umbauten im Bildungsbereich gehen nicht von heute auf morgen. Außerdem wollen wir noch viel mehr von den Talenten und Fähigkeiten der Schüler ausgehen und nicht immer nach dem Fehler suchen.

Das Benotungssystem in der neuen Mittelschule sieht auf den ersten Blick sehr komplex aus. Wie funktioniert es?

Es ist viel einfacher, als man denkt. In der fünften und sechsten Schulstufe ist es im Grunde wie in der Volksschule mit einer Notenskala von eins bis fünf in Mathe, Deutsch und Englisch. In der siebten und achten Schulstufe gibt es zusätzlich zu dieser Skala in der vertieften Allgemeinbildung für die Schüler, die dem schwierigeren Stoff nicht folgen können, die Möglichkeit von drei bis fünf bewertet zu werden. Eine fünf im vertieften Stoff ist nicht möglich, dann wird mit einer Drei in der grundlegenden Gruppe benotet. Die Bewertungen in der vertieften Allgemeinbildung entsprechen den Noten im Gymnasium. Es ist auch nicht so, dass zwei verschiedene Schularbeiten ausgeteilt werden. Jeder Schüler bekommt die ganze Palette an Aufgaben, leichtere und schwerere. Je nachdem, welche Aufgaben gelöst wurden, kommen die erwähnten sieben Noten zum Einsatz. Aber das ist nicht die einzige Richtschnur für das Abschlusszeugnis, da fließt noch viel mehr in die Endnote mit ein. Selbstständiges Arbeiten, Hausaufgaben und eine Menge mehr. Alles zusammen soll eine faire Beurteilung über das Jahr hinweg möglich machen.

„Wir wollen noch viel mehr von den Talenten und Fähigkeiten der Schüler ausgehen."

Buchtipp

Hattie-Studie: Wie lernen wirklich funktioniert

John Hattie fasst den gesamten weltweit (in englischer Sprache) verfügbaren Wissensstand zu Bedingungen schulischer Leistungen zusammen. Hattie hat mit Visible Learning eine Monographie vorgelegt, die einen Meilenstein in der Debatte um Voraussetzungen und Bedingungen erfolgreichen Lernens in der Schule darstellt. „Visible Learning" – so der Titel im Original – wurde 2009 von John Hattie nach 15-jähriger Arbeit veröffentlicht. Es enthält eine Synthese von über 800 Meta-Analysen, die auf über 50.000 Studien mit etwa 250 Millionen Lernenden zurückgreifen. Es ist damit der umfangreichste Versuch, empirische Forschungsergebnisse zum Lehren und Lernen systematisch zusammenzufassen. Hattie extrahiert daraus 138 Faktoren, die in unterschiedlicher Stärke mit den Lernleistungen interagieren. Er beschreibt diese detailliert und zieht Schlüsse für die künftige Gestaltung von Schule und insbesondere von Unterricht.

John Hattie
Lernen sichtbar machen

Schneider-Verlag Baltmannsweiler, 439 Seiten, kartoniert, ISBN 978-3-8340-1190-9, 28 Euro

Die Betriebsräte von Mondelez Europe Services (ehemals Kraft Food).

Die beiden Betriebsräte von Peek & Cloppenburg.

Betriebsräte-Besuch: Schlüssel für eine gute Zusammenarbeit

Die AK Vorarlberg schätzt den Austausch mit ihren Mitgliedern, den Arbeitgebern sowie den Betriebsräten. Regelmäßige Besuche sind daher selbstverständlich und ermöglichen eine noch bessere und intensivere Zusammenarbeit.

Um die Interessen der Arbeitnehmer vertreten zu können, muss man natürlich wissen, was die Arbeitnehmer wollen. Aus diesem Grund besucht AK-Präsident Hubert Hämmerle regelmäßig die Betriebe im Land und lädt die Betriebsräte in die AK Vorarlberg in Feldkirch ein. Sie sind das Bindeglied zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie der AK.

Kürzlich besuchten die Betriebsräte von Mondelez Europe Services (ehemals Kraft Food), Peek & Cloppenburg, der Wildbach- und Lawinenverbauung, der Seniorenresidenz Dornbirn sowie vom Beschichtungsspezialisten Collini in Hohenems die AK. Direktor Rainer Keckeis und Hubert Hämmerle erklärten den Besuchern die Aufgaben und Funktionen der Arbeiterkammern und führten sie durch den Hauptsitz in Feldkirch.

Doch auch die Betriebsräte wissen so manch Spannendes zu erzählen. So haben zum Beispiel die Gründer von Peek & Cloppenburg die Konfektionsgrößen für Herren eingeführt. Hätten Sie das gewusst? Wir nicht.

Die Betriebsräte von Collini mit AK-Präsident Hubert Hämmerle.

Die Betriebsräte der Seniorenresidenz Dornbirn mit Hubert Hämmerle.

Die Betriebsräte der Wildbach- und Lawinenverbauung.

Sicherheits-Tipp

Schutz vor zu viel Sonne

Mag. Dr. Robert Seeberger Tel. 05574/78601

Die Sonne ist die Voraussetzung für alles Leben auf der Erde. Die meisten Menschen schätzen sonniges, warmes Wetter. Wovor will nun die Arbeitsinspektion warnen? Sonnenlicht besteht aus einem sichtbaren, einem infraroten (Wärme) und einem ultravioletten (UV) Anteil. Für UV-Licht gibt es aus gutem Grund Grenzwerte, denn es kann schädlich für Haut und Augen sein. Hautkrebs, Sonnenbrand, Augenentzündungen sind ein Resultat von zu intensiver Sonneneinwirkung. Viele Menschen arbeiten im Freien, für sie ist ein guter Sonnenschutz (Kleidung, UV-Schutzbrillen, Schutzcremen) wichtig.
Wann beginnt das Sonnenlicht gefährlich zu werden? Einige Tipps und Faustregeln:

- Faustregel: Wir betrachten unseren eigenen Schatten. Ist er kürzer als die Körpergröße, ist Vorsicht geboten.
- UV-Index: Die medizinische Universität Innsbruck stellt auf www.uv-index.at viermal pro Stunde die UV-Indexwerte in Karten zur Verfügung. UV-Index 1 und 2 bedeuten eine geringe UV-Strahlung, 3 bis 5 mäßige, 6 bis 7 hohe und darüber sehr beziehungsweise extrem hohe Werte. Ab Index 5 ist Haut- und Augenschutz nötig, wenn man sich länger als 30 Minuten in der Sonne aufhält.
- Eine noch einfachere Regel lautet: Zwischen April und September soll man sich im Zeitraum von 11 bis 15 nur kurz ungeschützt der Sonne aussetzen.

Verschiedene Effekte führen zu stark abweichenden UV-Strahlenbelastungen. Reflektierende Oberflächen wie Schnee verstärken die UV-Wirkung um zirka 80 Prozent. Im Gebirge steigt die UV-Belastung um 20 Prozent pro 1000 Meter Seehöhe. Ein Arbeiten im Schatten reduziert den UV-Einfluss um bis zu 50 Prozent. Je nach Grad der Bewölkung nimmt die UV-Einstrahlung um 10 bis 90 Prozent ab. In der Praxis sind Sicherheitsmaßnahmen zum Beispiel bei Forstarbeitern, Bademeistern und auf Baustellen, insbesondere im Gebirge von Bedeutung. Die Verordnung über optische Strahlung fordert vom Arbeitgeber eine Ermittlung und Beurteilung der Gefahren durch Sonneneinstrahlung.

Arbeitsinspektion Bregenz
www.arbeitsinspektion.gv.at

Meine Meinung zum Thema

Name / Adresse

Postgebühr zahlt Empfänger

An die
AK Vorarlberg
Redaktion AKtion
Widnau 2-4
6800 Feldkirch

Ihre Zuschriften werden belohnt

Ihre Meinung, bitte!

Eine lebendige Zeitung für alle Arbeitnehmer in Vorarlberg lebt vom Dialog. Ihre Meinung ist uns viel wert.

Die Rubrik „Leserforum“ auf Seite 2 steht ganz im Zeichen Ihrer Meinung und Anregungen. Schreiben Sie uns zu einem der Themenbereiche Arbeit, Bildung und Konsumentenschutz einen Leserbrief und gewinnen Sie mit etwas Glück ein zehnwöchiges Abo der „Ländle Gemüsekiste“. Das Porto übernehmen wir, wenn Sie den Kupon links verwenden. Sie können uns aber auch eine E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at senden. Bitte beachten Sie: Anonyme Leserbriefe werden nicht veröffentlicht. Der Absender muss zumindest der Redaktion bekannt sein.

Gewinnen Sie ein Abo der „Ländle Gemüsekiste“!

Hier einige Themen aus dieser Ausgabe der AKtion, zu denen uns Ihre Meinung besonders interessiert: die 1500 Euro gesetzlicher Mindestlohn (Seite 3), die altersgereche Arbeitsgestaltung (Seite 5), leistbares Wohnen (Seiten 6 und 7), die Mogelpackung des Monats (Seite 8) und die Nachhilfesituation (Seite 10).